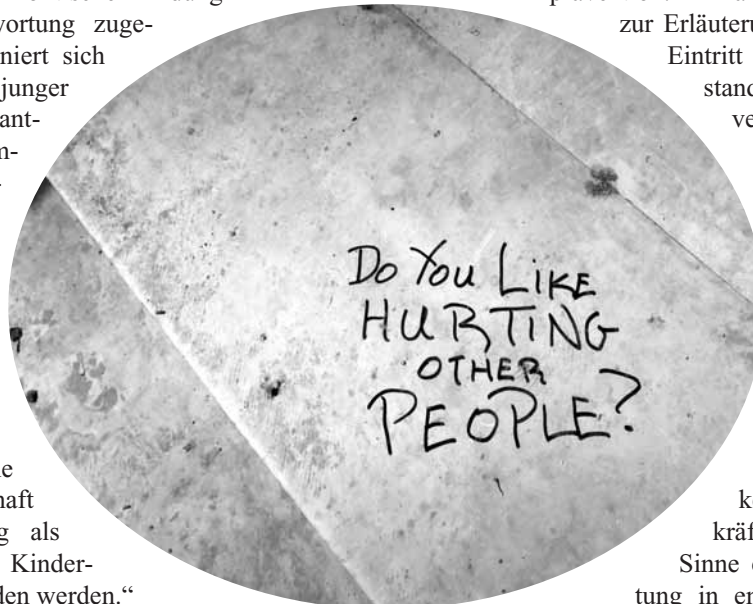


„Das, was für die eine eindeutig rechtsextrem ist, wertet der andere als jugendliches Protestverhalten“

Rechtspopulistische Verunsicherung in der Politischen Bildung

von Julia Besche

Der vorliegende Artikel thematisiert die Herausforderungen an Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit im Kontext des Themenfeldes Rechtsextremismus insbesondere vor dem Hintergrund der politischen Bildung, wie sie in § 11 SGB VIII gefordert wird. Im Zuge der gesamtgesellschaftlichen Diskursverschiebung werden Fachkräfte zunehmend auch durch Adressat*innen mit Haltungen konfrontiert, welche als gruppenbezogen menschenfeindlich definiert werden können. Zeitgleich wird der Kinder- und Jugendarbeit im Kontext des Auftrages der Politischen Bildung eine besondere Verantwortung zugeschrieben. Das Ziel definiert sich dabei als Befähigung junger Menschen zu eigenverantwortlicher Selbstbestimmung und gesellschaftlicher bzw. demokratischer Mitverantwortung. Benedikt Sturzenhecker und Elisabeth Richter (2012, 469) schlussfolgern mit Bezug auf Johannes Mündler daraus: „In diesem deutlichen Bezug auf eine demokratische Gesellschaft kann politische Bildung als Leitprinzip der gesamten Kinder- und Jugendarbeit verstanden werden.“



Dabei sollen Lernprozesse ermöglicht werden, welche auf demokratische Teilhabe, Diskursfähigkeit, Interessenvertretung sowie politische Handlungsfähigkeit abzielen, also die Übernahme bestimmter normativer Sichtweisen ermöglichen. Jedoch sind diese individuellen Bildungsprozesse ergebnisoffen, demokratisch und egalitär zu gestalten. Eine unreflektierte Weitergabe normativer Positionen widerspricht u.a. den Grundsätzen des Beutelsbacher Konsens auf Meinungsppluralismus (vgl. Milbradt/Heinze/König 2018, 5 f.). Neben dem Auftrag politischer Bildung verbinden sich mit dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe Hoffnungen,

eine weitere Normalisierung neurechter Haltungen oder eine Radikalisierung zu verhindern.

Vor dem Hintergrund einer Normalisierung neurechter Haltungen und einem steten Wandel der extremen Rechten mit fließenden Übergängen, wie im Rechtspopulismus am Beispiel der AfD diskutiert, definiert sich eine weitere Herausforderung für Praktiker*innen, in der Ermöglichung eines Übergangs aus der Primär- in die Sekundär- oder Tertiärprävention. Primärprävention zielt, dies kurz zur Erläuterung, auf einen Eingriff vor Eintritt des unerwünschten Zustands, während sekundäre Präventionsmaßnahmen die Verfestigung problematischer Einstellungsmuster verhindern und tertiärpräventive Interventionen einem erneuten Auftreten selbiger vorbeugen sollen (vgl. Johansson 2012, 2).

Nach einem Problemaufriss werden in diesem Artikel Anforderungen an Fachkräfte diskutiert, welche im Sinne einer gelingenden Überleitung in entsprechende pädagogische Kontexte notwendig sind, um eine weitere

Radikalisierung zu verhindern. Im Anschluss werden Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit diesen Herausforderungen dargestellt.

Was ist eigentlich „rechts“ und woran lässt sich „das“ festmachen?

Vielleicht folgendermaßen: „Provokant gesagt: gar nicht“, die Eindeutigkeit einer Definition von Rechtsextremismus läge immer auch im eigenen Verständnis des Phänomens begründet, so Johanna Sigl in einem Interview. „Das, was für die eine eindeutig rechtsextrem ist, wertet der andere als jugendliches Protestverhalten“, so Sigl weiter (Küpper 2019, 8).

Gehofft wird mit Kinder- und Jugendarbeit, eine weitere Normalisierung neurechter Haltungen oder eine Radikalisierung zu verhindern.

„Das, was für die eine eindeutig rechtsextrem ist, wertet der andere ...

Wenn unwidersprochen darüber diskutiert wird, ob beispielsweise „andere Kulturen“ besser nicht hier leben sollten, ...

Sie umreißt damit Herausforderungen für Fachkräfte in der Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus. Zum einen ist eine begriffliche Vielfalt innerhalb dieses Kontextes herausfordernd/vorhanden/problematisch, welche nicht zuletzt damit zusammenhängt, dass sich hier unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen treffen. Zum anderen befindet sich die Szene in einem stetigen Wandel und weist einen großen Variantenreichtum auf.

Die Strömungen reichen beispielsweise von der Anas-tasia-Bewegung, also völkischen Siedler*innen, bis hin zu den „modernen“ Aktivist*innen der Identitären Bewegung (IB). Einige Leser*innen haben vielleicht noch das Bild des typischen „Rechtsradikalen“ aus der Zeit der Wiedervereinigung im Kopf, welcher mit kahl rasiertem Schädel, Bomberjacke und Springerstiefeln ebenso gut erkennbar wie auch furchteinflößend daherkam. Die gegenwärtige extrem rechte Szene wandelt sich recht schnell und passt sich dabei auch gesellschaftlichen Bedingungen an, gestaltet diese aber auch zunehmend selbst mit. Erkennbar ist die Mitgestaltung an den Diskursverschiebungen der letzten Jahre, welche von vielen Autor*innen auch als „Rechtsruck“ (z.B. Pfahl-Traughber 2019; Milbradt/Wagner 2016) beschrieben werden. Es ist zunehmend schwer abzugrenzen, welche Strömungen im Bereich des Rechtspopulismus zu verorten sind und welche beispielweise zur Neuen oder extremen Rechten gehören. Hinzu kommt die Tatsache, dass die Grenzen mitunter fließend erscheinen, wie aus dem Diskurs um die Einordnung der AfD ersichtlich wird (Virchow 2020; Schröder/Weßels 2020; Pfahl-Traughber 2020).

In der „Mitte“ der Gesellschaft – Diskursverschiebungen

Eine Veränderung lässt sich mittlerweile auch an den Haltungen der „Mitte“ der Gesellschaft ablesen, wie die repräsentative Studie „Verlorene Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in 2018/2019“, feststellt: Zwar vertreten lediglich 2-3% der befragten Bundesbürger*innen rechtsextreme Positionen, dem gegenüber vertreten jedoch 21% der Befragten rechtspopulistische Ansichten



und weitere 42% weisen eine deutliche Tendenz diesbezüglich auf. Diese Werte weisen zwar keine Steigerung seit dem Jahr 2014 auf, stabilisieren sich jedoch auf hohem Niveau und werden als „normaler“ wahrgenommen (Zick/Küpper/Berghan 2019). Mit der AfD ist erstmals eine rechtspopulistische Partei im Bundestag vertreten, eine Partei welche mit emotionalisierten Begriffen wie „Asylchaos“, „Merkel muss weg“ oder der Rede von „alimentierten Messermännern und Kopftuchmädchen“ (kritische Bezugnahme: Deutscher Bundestag 2020, 18555) gruppenbezogen menschenfeindliche Stimmungen ebenso erzeugt wie sie diese auch für sich nutzbar macht. „Ihre rechtspopulistische Inanspruchnahme ‚des Volkes‘ verknüpft die Partei mit einem Erhebungsversprechen gegen die sogenannten ‚Altparteien‘, das zunehmend völkisch-nationalistische Züge annimmt“ (Küpper/Häusler/Zick 2016, 145). Dabei definieren die Autor*innen fünf Elemente, welche die neurechte Ideologie auszeichnet (Küpper/Häusler/Zick 2016, 147 f.):

1. Den Kampf um Meinungsfreiheit gegen ein vermeintlich politisch korrektes Meinungsdictat,
2. Religiöse und kulturell umgeformte Stereotype,
3. Nationalistische Betonung kultureller Identität,
4. Betonung einer Leitkultur mit „typisch deutschen Tugenden“, wie Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit,
5. Normative Familien- und Gesellschaftsbilder.

Diese neurechten Ideologien begegnen uns zunehmend im Alltag, in Gesprächen im Familien- oder Freundeskreis als selbstverständliche Aussagen im Sinne eines „das wird man doch noch sagen dürfen“ oder „ich bin ja kein Nazi, aber ... [hier eine abwertende, gruppenbezogen menschenfeindliche Aussage einsetzen]“. Vor dem Hintergrund einer Normalisierung neurechter Haltungen wird der Bereich der Primärprävention zunehmend notwendiger, aber auch schwieriger, da es zunehmend „normal“ wird, sich abwertend über Menschen oder Gruppen zu äußern und eine Hinwendung zu neurechten Haltungen oftmals bereits stattgefunden hat. Wenn im Elternhaus, im Freundeskreis und unter den Adressat*innen einer offenen Kinder- und Jugendeinrichtung völlig unwidersprochen darüber diskutiert wird, ob beispielsweise „andere Kulturen“ besser nicht hier leben sollten, da sich „Deutschland ab-

... da sich „Deutschland abschafft“, wird es zunehmend schwieriger für Fachkräfte diese Haltungen zu problematisieren.

schaft“, wird es zunehmend schwieriger für Fachkräfte diese Haltungen zu problematisieren und es stellt sich die Frage, inwiefern dann bereits die Stufe der Sekundärprävention greifen sollte.

The kids aren't alt-right – rechtsorientierte Positionen erkennen und bearbeiten

Um diese Problematik noch einmal zu verdeutlichen, möchte ich ein Beispiel aus meiner eigenen Bildungsarbeit anbieten: Ein junger Mann in einer Seminargruppe im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres, ca. 17 Jahre alt, fällt immer wieder auf, indem er seine Sätze mit der Floskel „Ich weiß, dass ist jetzt nicht PC [political correct], ...“ beginnt. Diese Phrase verknüpft er mit menschenfeindlichen bis menschenverachtenden Behauptungen, wie zum Beispiel: „Ist es nicht so, dass Menschen, die hier nicht geboren sind, weniger Rechte haben sollten?“, „Homosexualität ist halt schon ein Problem, die stecken ja alle mit Aids an“ oder „Seitdem so viele Wohlstandsflüchtlinge hier sind, gibt es ja so viele Vergewaltigungen“ nachlegt.

Sicherlich können viele der genannten Behauptungen im Rahmen eines Seminartages im Sinne eines „Faktenchecks“ bearbeitet werden, dabei besteht jedoch das Risiko, diesem jungen Menschen und seiner Themensetzung „eine Bühne zu bieten“ und die durch ihn gesetzten Themen, sofern sie seinerseits argumentativ gut vertreten werden, auch für andere Teilnehmende interessant werden zu lassen. Lässt man diese Themensetzung nicht zu, so könnte der Verdacht des „Meinungsdiktats“ entstehen. Im schlimmsten Fall werden diese Auffassungen von einer Mehrheit in der betroffenen Gruppe geteilt und argumentativ verteidigt.

Neben diesem akuten Konflikt im Kontext eines Seminars ergibt sich jedoch eine weitere Herausforderung mit den Fragestellungen: Wie schätze ich diesen Menschen in Bezug auf seine (möglicherweise manifesten) menschenfeindlichen Einstellungen ein? Welche Unterstützungsmöglichkeiten habe ich in meinem Umfeld und wie erreichbar ist dieser

Sensibilität in Bezug auf rechtsextreme Haltungen, ihre Bestandteile und Wirkmechanismen muss ausgebildet werden.

junge Mensch für pädagogische Interventionen? Und damit stehen wir wieder am Anfang dieses Artikels, dass die Einschätzung hinsichtlich neurechter Verhaltensweisen, dass eine klare Abgrenzung nicht möglich und die Einschätzung immer auch auf das eigene Begriffsverständnis zurückzuführen ist. Man könnte an dieser Stelle der These folgen, der junge Mann würde neurechte Einstellungsmuster vertreten und auch mit der Einschätzung nicht falsch liegen, die Person sei „rechtsextrem gefährdet“ und möglicherweise „rechtsextrem orientiert“.



Als „rechtsextrem gefährdet“ werden junge Menschen bezeichnet, sofern sie in ihrem Umfeld, also familiären, sozialräumlichen und virtuellen Kontexten, Berührungspunkte mit rechtsextremen Orientierungen haben und bei ihnen zu vermuten ist, dass diese Haltungen und Zusammenschlüsse eine Anziehungskraft auf sie ausüben. Als „rechtsextrem orientiert“ werden Menschen eingestuft, welche erkennbar rechtsextreme Haltungen aufweisen und/oder in entsprechende Cliques- und Szenezusammenhängen involviert sind (vgl. Möller/Schumacher 2014, 27). Auch wenn seitens der Autor*innen verschiedene Merkmale innerhalb dieser Begriffsmatrix benannt werden, so ist der Prozess der Hinwendung bzw. Radikalisierung dennoch ein höchst individueller das sich kaum kategorisieren lässt (vgl. Möller/Schumacher 2014, 29 f.).

Dennoch wäre es an der Fachkraft, den Status des jungen Menschen richtig einschätzen zu können. Diese „Diagnose“ bedarf allerdings Möller und Schumacher zufolge zahlreicher Kompetenzen, welche an dieser Stelle nur grob zusammengefasst werden können: Ausbildung einer Sensibilität in Bezug auf rechtsextreme Haltungen, ihre Bestandteile und deren (subjektive) Wirkmechanismen. Diese Fähigkeit müsste dazu aber in den Curricula von Studiengängen der Sozialen Arbeit etabliert oder durch geeignete Fortbildungen erworben werden. Eine Aufnahme in das Curriculum Sozialer Arbeit ist auch über den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe hinaus durchaus sinnvoll, sind Fachkräfte doch auch in anderen Kontexten mit neurechten Haltungen zum Beispiel bei erwachsenen Adressat*innen zunehmend konfrontiert.

Wie schätze ich Menschen in Bezug auf (möglicherweise manifeste) menschenfeindliche Einstellungen ein?

„Das, was für die eine eindeutig rechtsextrem ist, wertet der andere ...

Wie bereits erläutert, lässt sich Radikalisierung als Prozess begreifen. In diesem Fall müssen Fachkräfte in der Lage sein, diesen Affinitätsaufbau frühzeitig zu bemerken, wozu es Kenntnisse über sogenannte Push- bzw. Pullfaktoren bedarf. Bestimmte Bedingungen und Faktoren begünstigen die Ausbildung rechtsextremer Haltungen: Diese können struktureller Natur sein, anzunehmen wären hier beispielsweise der erfolglose Versuch, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu erhalten, aber auch sozialisatorische Aspekte wie zum Beispiel ein Elternhaus, in welchem neurechte Einstellungen vorherrschen. Nicht zuletzt sollte es in diesem Zusammenhang auch immer um den Aufbau bzw. die Stärkung (relativer) Schutzfaktoren sowie alternativer Ressourcen gehen, welchen ein Distanzierungspotential innewohnt. Diese gilt es durch professionelles Handeln und die Bereitstellung erfahrbarer Äquivalente herbeizuführen (vgl. Möller/Schumacher 2014, 30).

Alternative Ressourcen könnten in diesem Kontext Anbindungen an Sport- oder sonstige Vereine sein, in welchen die Person die Gelegenheit hat, Anerkennung und ein Miteinander zu erfahren. Diese Hilfen sind im Kontext einer Beratung anzudenken, möglichst unter Einbezug des sozialen Umfeldes der betroffenen Person. Im Sinne eines sozialräumlichen Zugangs, insbesondere in strukturschwachen Regionen sollte immer auch die Schaffung jugendkultureller Erfahrungsräume durch Fachkräfte der Sozialen Arbeit im Sinne eines Alternativangebotes zur Szenezugehörigkeit „rechts“ diskutiert werden, als Beispiel sei an dieser Stelle auf das „Dorf der Jugend“ in Grimma verwiesen.



Was ist zu tun? – Lösungsansätze

In der Auseinandersetzung im akuten Fall, wie im Beispiel geschildert, sind nicht allein Kompetenzen der rein argumentativen Auseinandersetzung in Form von Fachwissen vonnöten, sondern vielmehr ein Eingehen auf individuelle Ängste und Momente der Dekonstruktion von Stereotypen und Vorurteilen. Der reine Austausch von Zahlen, Daten und Fakten und die Beschwörung des besseren Arguments werden nämlich im Zweifelsfall als „Systemgläubigkeit“

Aufnahme in das Curriculum Sozialer Arbeit ist auch über den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe hinaus sinnvoll.

Zunehmend werden sozialräumliche Angebote erprobt, wie das Modellprojekt Cobra-Yana in Dortmund.

oder den Status des „Opfers der Lügenpresse“ dequalifiziert. Dazu bedarf es einer Fort- und Weiterbildung der Fachkräfte, um eine Haltung der offenen Zugewandtheit, bei gleichzeitiger Verdeutlichung von Grenzen im Sinne der Menschenrechte einfordern zu können.

Weiterhin wäre eine Stärkung der Ausstiegshilfen sinnvoll, welche sich als beratende Ansprechpartner*innen in diesen Situationen etablieren könnten. Denn hier versammeln sich multidisziplinäre Zugänge mit hoher fachlicher Qualifikation, zum Beispiel in Bezug auf Prozesse der Radikalisierung, Distanzierung sowie umfassenden Kenntnissen der extrem rechten Szene. Darüber hinaus findet sich hier auch Fachwissen hinsichtlich der Beratung betroffener Personen und ihres sozialen Umfeldes. Hier können Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in Bezug auf radikalisierte Personen Unterstützung und begleitendes Coaching erfahren.

Zunehmend ist auch zu beobachten, dass sozialräumliche Angebote erprobt werden, ein Beispiel dafür ist das Modellprojekt Cobra-Yana in Dortmund. Diese Ansätze verfolgen das Ziel einer verstärkten Kooperation mit verschiedenen sozialen Einrichtungen im Sozialraum und einer verbesserten Ansprechbarkeit für eben jene Lehrer*innen oder Sozialarbeitenden, welche vor der Herausforderung einer derartigen Einschätzung und Bearbeitung einer solchen Problematik stehen.

Neben der Arbeit mit Problemträger*innen selbst steht im Kontext dieser Tätigkeiten nicht zuletzt die Stärkung der Fachkräfte und Familien im Fokus der Arbeit, welche auch über einen längerfristigen Zeitraum vernetzt und unterstützt werden können. Dabei sollten für diese Form der Arbeit langfristige Perspektiven jenseits einer Projektförderung entstehen, welche Praktiker*innen einen langen Verbleib im Arbeitsfeld ohne Existenzängste ermöglichen und darüber hinaus dafür sorgen, dass individuelles Wissen zusammenfließen und im Rahmen einer engen Verbindung von Theorie und Praxis weiterentwickelt werden kann.

Fotos: Cristian Ganzer



Literatur:

Deutscher Bundestag (2020): 19. Wahlperiode, 149. Sitzung, Plenarprotokoll 19/149. Link: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btp/19/19149.pdf> [21.4.2020]

Johansson, Susanne (2012): Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung in den Feldern der Pädagogik, der Beratung und Vernetzung: eine kurze Begriffseinordnung und -abgrenzung. Link: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Wissen/Aufsatz_S._Johansson_REpraevention_final.pdf [13.4.2020]

Küppers, Jessica (2019): Prävention gegen Rechtsextremismus. Raus aus der rechten Szene. Interview mit Johanna Sigl. In: neue deutsche schule (nds). Die Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft 1/2019, S. 8-9. Link: [http://www.nds-zeitschrift.de/fileadmin/user_upload/nds_1-2019/PDFs/nds-1-2019-Tarifunde-Extremismus-Praevention.pdf] [15.4.2020]

Küpper, Beate/Häusler, Alexander/Zick, Andreas (2016): Die Neue Rechte und die Verbreitung neu-rechter Einstellungen in der Bevölkerung. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (Hrsg.): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn: Dietz-Verlag, S. 143-166

Milbradt, Björn/Heinze, Franziska/König, Frank (2018): Politische Bildung in einer Welt des Umbruchs. In: DJI Impulse. Das Forschungsmagazin des Deutschen Jugendinstituts 1/2018, Nr.119, S. 4-10

Milbradt, Björn/Wagner, Leonie (2016): Pegida – Rechtspopulistische Bewegungen und die Folgen für die Soziale Arbeit, In: Soziale Passagen 8, S. 275-291 (2016). Link: <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s12592-016-0243-0.pdf> [21.4.2020]

Möller, Kurt/ Schuhmacher, Nils (2018): Soziale und pädagogische Arbeit mit rechtsextrem affinen Jugendlichen. Akteure, Projekte, Ansätze und Handlungsfelder. Berlin 2014: BIKNetz. Link: http://www.biknetz.de/fileadmin/Dokumente/Wissen/Wissensdatenbank/Onlinepublikation_Expertise_Praxis_Final_V2.pdf [3.4.2020]

Pfahl-Traughber, Armin (2019): Was die „Neue Rechte“ ist – und was nicht. Definition und Erscheinungsform einer rechtsextremistischen Intellektuellengruppe. Link: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/284268/was-die-neue-rechte-ist-und-was-nicht> [2.4.2020]

Pfahl-Traughber, Armin (2020): Die AfD ist (mittlerweile) eine rechtsextremistische Partei. In: Sozial Extra 44, S. 87-91 (2020). Link: <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s12054-020-00264-9.pdf> [21.4.2020]

Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard (2020): Die Alternative für Deutschland. In: Sozial Extra, Nr. 44, S. 97-101 (2020). Link: <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s12054-020-00268-5.pdf> [21.4.2020]

Sturzenhecker, Benedikt/Richter, Elisabeth (2012): Die Kinder- und Jugendarbeit. In: Thole, Werner (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 469-475

Virchow, Fabian (2020): Alternative für Deutschland (AfD): eine Partei der extremen Rechten?, Notes du Cerfa, Nr. 152, Ifri, März 2020

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2019): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Dietz: Bonn

Julia Besche



ist Lehrkraft für besondere Aufgaben an der HAWK Holzminden sowie Vorstandsmitglied des AIR e.V., Themenschwerpunkte: Rechtspopulismus und Soziale Arbeit, Ausstiegsgleitung extremer Rechter, Politische Bildung. Ihr Dissertationsprojekt beinhaltet Wahrnehmungen rechtspopulistischer/neurechter Haltungen bei Studierenden Sozialer Arbeit. Foto: Diana Wachow

Leser*innenbriefe

Liebe Leser*innen, wir möchten die Anregung unserer Leser*innenschaft aufnehmen und einen Raum zur Diskussion über erschienene Artikel schaffen. Daher haben wir die Rubrik Leser*innenbriefe im FORUM etabliert.

Hat Sie ein Beitrag zum Nachdenken angeregt, besonders berührt oder geärgert? Lassen Sie uns und unsere Leser*innen an ihren Gedanken teilhaben und schreiben Sie uns gerne eine eMail an info@vkjhh.de.

Beiträge bis zum 27. Juli 2020 können in der nachfolgenden Ausgabe abgedruckt werden. Die Auswahl der eingegangenen Briefe und Kürzungen behält sich die Redaktion vor.

Wir freuen uns über Ihre Kommentare, Ihr Feedback und spannende Diskussionen!

Rechtspopulismus in der Praxis der Jugendarbeit

von Michael Görtler

Bevölkerungsumfragen, wie etwa die Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung, zeigen auf, dass rechte Einstellungen, aber auch Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in allen Teilen der Gesellschaft beheimatet sind (vgl. Zick et al. 2019). Nach Einschätzung des Verfassers des vorliegenden

Es ist und bleibt Aufgabe und Kompetenz des Staates für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, die Soziale Arbeit ist ...

Beitrags wurde dieser Umstand bis vor wenigen Jahren in Politik und Gesellschaft, aber auch in der Sozialen Arbeit systematisch unterschätzt (vgl. Kleffner 2015). Vor dem beschriebenen Hintergrund soll in diesem Beitrag die Bedeutung des Rechtspopulismus in der Praxis der Jugendarbeit diskutiert werden. In die folgenden Überlegungen fließen zum einen die Fachliteratur, zum anderen Erfahrungsberichte von sozialpädagogischen Fachkräften aus unterschiedlichen Settings ein.

Begriffsklärungen

In Politik und Medien wird viel über das Begriffsfeld des Rechtspopulismus diskutiert. Daher ist es notwendig, die Begrifflichkeiten ein klein wenig zu schärfen. So zeigt Spier (2014): „Populismus ist ein häufig genutzter Begriff. In der politischen Auseinandersetzung taucht er als Stigmawort auf, um andere Politiker oder Parteien zu diffamieren. In der Wissenschaft wird er z.B. benutzt, um bestimmte Programme, Positionen und Kommunikationsweisen zu beschreiben. Eindeutig ist Populismus jedenfalls nicht.“ Charakteristisch für den Rechtspopulismus ist, dass seine Anhängerschaft eine rechte Gesinnung aufweist, die durch analytische Konstrukte wie den Rechtsextremismus und die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit veranschaulicht werden können. Schubert/Klein (2018) definieren „Rechtsextremismus“ als „eine politische Einstellung, die sich gegen die Ordnung des demokratischen Verfassungsstaates stellt und gesellschaftliche Vielfalt sowie freie Wirtschaftssysteme fundamental ablehnt. Charakteristisch für den Rechtsextremismus ist die Aufspaltung in Gruppen und Untergruppen, die i.d.R. auf persönlichen Gefolgschaften (Führer und Gefolge) beruhen. Rechtsextremismus basiert auf Intoleranz und Vorurteilen (z.B. gegen Ausländer und Minderheiten), fördert autoritäres Verhalten, verherrlicht Macht und Gewalt.“ In beiden Fällen wird ein bestimmtes Einstellungsmuster sichtbar, das sich nach Heitmeyer „als Syndrom der Gruppenbezogenen Menschen-

feindlichkeit, das zusammengehalten wird durch einen gemeinsamen Kern, der sich als eine Ideologie der Ungleichwertigkeit beschreiben lässt“ (Küpper/Zick 2015). Die Grenzen zwischen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind in der Praxis fließend. Gemeinsamkeiten, die im Kontext der Jugendarbeit von Bedeutung sind, ergeben sich daraus, dass die Demokratie und damit verbundene Werte sowie die gesellschaftliche Vielfalt abgelehnt werden, eine Abwertung und Ausgrenzung sowie Diskriminierung von sozialen Gruppen stattfindet, dabei Intoleranz und Vorurteile regieren oder die Anwendung von verbaler wie körperlicher Gewalt gegenüber diesen Gruppen gebilligt oder sogar ausgeübt wird.

Ein Blick auf die Praxis

Für die Fachkräfte ist das Phänomen des Rechtspopulismus aufgrund von Werthorizont und Professionalität relevant. So verstoßen Aussagen oder sonstige Verhaltensweisen in diesem Kontext gegen die Grund- und Menschenrechte, aber auch gegen das Selbstverständnis der Sozialen Arbeit als Profession, wie die international anerkannte Definition der IFSW von 2014 bzw. die deutschsprachige Definition des Fachbeirats Soziale Arbeit und DBSH in Auszügen verdeutlicht: „Soziale Arbeit fördert als praxisorientierte Profession [...] gesellschaftliche Veränderungen, soziale Entwicklungen und den sozialen Zusammenhalt sowie die Stärkung der Autonomie und Selbstbestimmung von Menschen. Die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit, die Menschenrechte, die gemeinsame Verantwortung und die Achtung der Vielfalt bilden die Grundlage der Sozialen Arbeit“ (DBSH 2016). Vor diesem Hintergrund muss das Handeln der Fachkräfte darauf ausge-



Foto: MabelAmber_pixabay

richtet sein, den genannten Mechanismen wie Vorurteile, Intoleranz, Ausgrenzung, Abwertung, Diskriminierung usw. entgegenzuwirken. Aus berufsethischer Perspektive ist damit auch die Notwendigkeit der Reflexion und Bewertung des Handelns gegenüber den Jugendlichen, aber auch des eigenen Denkens sowie der Verhaltensweisen im Kollegen*innen-

... mit Blick auf Werthorizont und Professionalität jedoch angehalten, an der Gestaltung dieser Verhältnisse mitzuwirken.

kreis, der Strukturen innerhalb der Einrichtung sowie nach außen usw. verknüpft – nicht nur die Fähigkeit, sondern auch die Bereitschaft eine klare Haltung zu zeigen, ist dabei unabdingbar. Diesen Anspruch zu erfüllen, ist jedoch mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, wie die folgenden Abschnitte verdeutlichen.

Der Rechtspopulismus hat viele Ursachen ...

Ein Hindernis bereitet der Umstand, dass die Populismus- und Extremismusforschung unterschiedliche Ursachen benennt, so dass Maßnahmen zur Intervention und Prävention auf den Einzelfall abgestimmt werden müssen und keine Pauschalantworten vorliegen. Zur Erklärung der Ursachen kommen sozialstrukturelle, sozioökonomische oder psychosoziale Faktoren in Betracht (vgl. etwa Stöss 2010: 47-55). Es ist folglich von einem Wechselspiel aus diesen Faktoren auszugehen – den Rechtspopulismus nur auf eine Ursache zurückzuführen oder nur mit einer Maßnahme bekämpfen zu wollen, würde folglich zu kurz greifen. Die Soziale Arbeit verfügt zwar über ein Handlungsrepertoire in Form von Beratungs-, Bildung und Hilfsangeboten kann aber an den herrschenden Verhältnissen, die für die Ausbreitung des Rechtspopulismus mitverantwortlich sind, (alleine) nichts ändern. Es ist und bleibt Aufgabe und Kompetenz des Staates für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, die Soziale Arbeit ist mit Blick auf Werthorizont und Professionalität ihrer Fachkräfte jedoch dazu angehalten, an der Gestaltung dieser Verhältnisse mitzuwirken (vgl. Döllnbach 2011).

Mit Blick auf die Ursachen spielt die politische Sozialisation (vgl. Rippl 2008) bei der Entwicklung von rechten Einstellungen – die sich in dementsprechenden Verhaltensweisen äußern können, aber nicht müssen – eine entscheidende Rolle. In diesem Prozess, den alle jungen Menschen durchlaufen, sind sie als besonders schutzbedürftige, weil beeinflussbare Personen der Gefahr ausgesetzt, dass sich die eben genannten Faktoren in negativer Weise auf ihr Denken und Handeln auswirken. Erstens spielt die Familie dabei eine Rolle. So können die Eltern, aber auch ein einzelnes Elternteil, Geschwister, Verwandte usw. unter bestimmten Bedingungen ein Vorbild für die Jugendlichen darstellen, wie die sozialkognitive Lerntheorie belegt. Wenn junge Menschen beispielsweise schon früh in Kontakt mit rechtsextremen

Gedankengut, das durch wichtige Bezugspersonen weitergetragen wird, in Berührung kommen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie dementsprechende Einstellungs- und Verhaltensmuster übernehmen und weiterentwickeln. Zweitens geraten die Gleichaltrigen ins Blickfeld. Hier sind beispielsweise Anerkennung und Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe für Identitätsbildung und Selbstwertgefühl der Jugendlichen von Relevanz. Drittens sind die Medien als Mittel der Information und Kommunikation bedeutsam – neben Print- und audiovisuellen Medien insbesondere das Internet und die sozialen Netzwerke im Zeitalter der Digitalisierung. Problematisch ist dabei, dass die im virtuellen Raum agierenden rechten Gruppierungen immer wieder neue Kanäle finden, um rechtes Gedankengut an junge Menschen zu vermitteln (vgl. klicksafe 2019).

... doch ist die Wirkungskraft der Jugendarbeit begrenzt

Fachkräfte werden jedoch in vielen – wenn nicht sogar den meisten – Fällen mit den Produkten politischer Lernprozesse konfrontiert, die sich außerhalb der Angebotsstruktur der Jugendarbeit vollziehen bzw. vollzogen haben. Die Jugendlichen bringen dabei ihr Wissen über Politik und ihre – positiven wie negativen – Erfahrungen mit Politik sowie ihre Vorurteile mit, die sie im Rahmen der Sozialisation erworben haben. Demgegenüber bietet sich den Fachkräften nur ein vergleichsweise kleines Zeitfenster, um politische Lernprozesse, die auf die Demokratie und die damit verbundenen Werte abzielen, bei den jungen Menschen anzubahnen (vgl. Himmelmann 2007). Erschwerend hinzu kommt die Tatsache, dass vielen Fachkräften im Umgang mit Rechtspopulismus das Werkzeug und die Erfahrung fehlen. Hier zeigt sich in der Praxis eine große Diskrepanz: Es gibt sowohl Fachkräfte, die mit dieser Thematik nicht oder nur selten in Berührung kommen, als auch solche, die von regelmäßigen Vorfällen berichten – ein flächendeckendes Angebot an Fortbildungen zur Sensibilisierung für den Rechtspopulismus könnte hier Abhilfe schaffen. In diesem Kontext soll noch auf weitere Herausforderung hingewiesen werden, die darin besteht, dass auch die Jugendarbeit nicht davor gefeit ist, dass Einrichtungen und Teams von Fachkräften mit rechte Gesinnung unter-

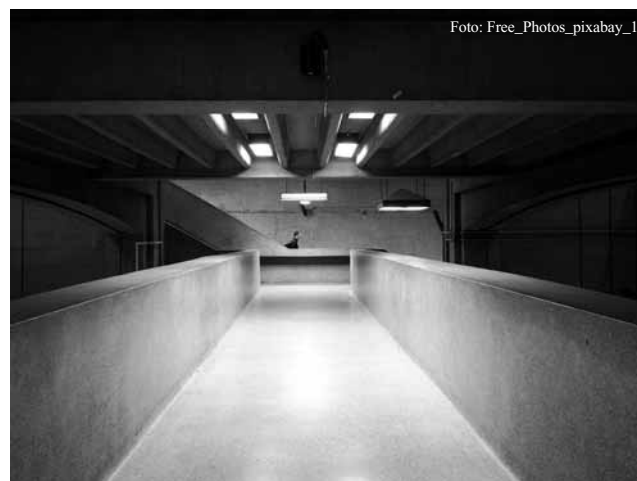


Foto: Free_Photos_pixabay_1

Foto: coombesy_pixabay



wandert oder unter diesem Deckmantel ideologisch motivierter Angebote an junge Menschen gerichtet werden (z.B. Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit, in der vordergründig völkisches Brauchtum und hintergründig rechtes Gedankengut vermittelt werden).

Eine Situationsbeschreibung

Am Ende soll eine Situationsbeschreibung aus der Praxis, die aus den Erfahrungsberichten der Fachkräfte herausgearbeitet werden konnte, beispielhaft verdeutlichen, wie Differenzmerkmale, welche dem Rechtspopulismus bzw. Rechtsextremismus und der Gruppenbezogenen Menschenfeind-

Literatur:

- DBSH (2016): Deutschsprachige Definition Sozialer Arbeit des Fachbereichstages Soziale Arbeit und DBSH, Berlin-Karlshorst.
- Döllenbach, R. (2011): Soziale Arbeit als Gestalterin des Sozialen. In: Fritze, A./Maelicke, B./Uebelhart, B. (Hrsg.), Management und Systementwicklung in der Sozialen Arbeit, Nomos: Baden-Baden.
- Himmelmann, G. (2007): Demokratie-Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Studienbuch, 3. Auflage, Schwalbach/Ts.
- Kleffner, H. (2015): Die Leerstelle in der Fachdiskussion füllen. Sozialarbeit und der NSU-Komplex. Link: <https://www.bpb.de/apuz/212367/sozialarbeit-und-der-nsu-komplex?p=all> [24.04.2020].
- klicksafe (2019): Rechtsextremismus hat viele Gesichter. Wie man Rechtsextreme im Netz erkennt – und was man gegen Hass tun kann. Link: https://www.klicksafe.de/fileadmin/media/documents/pdf/klicksafe_Materialien/Lehrer_LH_Zusatzmodule/LH_Zusatzmodul_Rechtsextremismus_klicksafe_neu.pdf [24.4.2020]
- Küpper, R./Zick, A. (2015): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Link: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/214192/gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit> [24.04.2020].

Fachkräfte haben nur ein vergleichsweise kleines Zeitfenster, um politische Lernprozesse bei jungen Menschen anzubahnen.

lichkeit zugeordnet werden, im Alltag zum Tragen kommen können. So berichten Fachkräfte in mehreren Fällen davon, dass die Interaktion von Jugendlichen davon geprägt sei, dass sie einer sozialen Gruppe zugeordnet werden (Fremdzuschreibung) und/oder sich selbst einer sozialen Gruppe zuordnen (Selbstzuschreibung). Dabei könnten Abgrenzungs- und Abwertungsmechanismen beobachtet werden (durch Differenzmerkmale wie Nationalität, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, aber auch das Vorhandensein einer Behinderung). Sichtbar würden unterschiedliche Konstellationen, wie etwa die Abgrenzung und Abwertung von deutschen gegenüber nicht-deutschen Gruppen, aber auch von nicht-deutschen gegenüber anderen nicht-deutschen Gruppen. Es etablierte sich nicht selten eine Rangordnung, die sich auf sichtbare (Nationalität, Hautfarbe) oder bedeutsame Differenzmerkmale (Religionszugehörigkeit und damit verbundene Praktiken) stützt. Dabei stelle sich eine soziale Gruppe quasi per Selbstermächtigung über eine andere und dies führe nicht selten zu Konflikten um die Vormachtstellung zwischen den jungen Menschen. Hier sind die Fachkräfte dazu aufgefordert, einen professionellen Umgang mit den Jugendlichen zu entwickeln. Informationsangebote von staatlichen Behörden sowie von Vereinen und Verbänden, die sich mit dieser Herausforderung befassen, können dabei helfen.

- Rippl, S. (2008): Politische Sozialisation. In: Hurrelmann, K. u. a. (Hrsg.): Handbuch Sozialisationsforschung. 7. Auflage, Weinheim und Basel, S. 443-458.
- Schubert, Klaus/Martina Klein (2018): Rechtsextremismus. Link: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/18106/rechtsextremismus> [24.4.2020].
- Spier, Tim (2014): Was versteht man unter „Populismus“. Link: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/192118/was-versteht-man-unter-populismus> [24.04.2020].
- Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Link: library.fes.de/pdf-files/do/08223.pdf [24.4.2020].
- Zick, A./Küpper, B./Berghan, W. (2019): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Hrsg.: Franziska Schröter für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Dietz: Bonn.



Prof. Dr. Michael Görtler

ist Professor für Sozialpädagogik an der Fachhochschule des Mittelstands (FHM) Bamberg.

Jugendarbeit als „Bollwerk“ der Demokratie? Oder: Das Ziel von Jugendarbeit ist Freiheit

von Kai Dietrich und Nils Schuhmacher

„Das Ziel von Politik“, so heißt es bei Hannah Arendt, „ist Freiheit“ (Arendt 2017, 28). Freiheit entsteht in politischen Kämpfen dadurch, dass Menschen das sie Verbindende, zwischen ihnen Liegende, erkennen und sich zusammenschließen, um gemeinsam im Sinne ihrer Interessen zu handeln (vgl. dies. 1990, 45). Eine demokratische Gesellschaft



Foto: xusenru_pixabay

und eine demokratiefördernde politische Bildung schaffen dafür Räume. Politische Bildung soll laut Beutelsbacher Konsens auch darauf ausgerichtet sein, dass ihre Adressat*innen sich ihrer Interessenslagen gewahr, dass sie urteilsfähig und politisch handlungsfähig werden (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2020). In Feldern der non-formalen Bildung, und dazu lässt sich die Jugendarbeit zählen, ist hieran anschließend von einem breiten Begriff der lebensweltbezogenen Demokratiebildung auszugehen, welcher vor allem auf die Aneignung von Demokratie als „Form des Zusammenlebens, der gemeinsamen und miteinander geteilten Erfahrung“ (Dewey 2011, 121) abzielt. Damit Jugendarbeit diese Aufgabe überhaupt wahrnehmen kann, benötigt sie einen professionellen Werkzeugkasten aus „Wissen“, „Haltungen“, „Instrumenten“ und einigem mehr.

Der folgende Text berichtet aus einem Begleitprozess von Fachkräften der Offenen Jugendarbeit zur Stärkung der Auseinandersetzung mit Neonazismus, Rassismus und anderen Ablehnungshaltungen. Dabei gehen wir vor allem auf lebensweltbezogene Schilderungen von jungen Menschen ein. Am Beispiel von Sequenzen aus zwei Interviews, die Fachkräfte im Rahmen des Projekts mit Jugendlichen führten, wollen wir Zusammenhänge zwischen individuellen Haltungen, Erfahrungen und (lokal)gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Themen aufzei-

gen. Daran anschließend werden Thesen für eine professionelle Arbeit zu den Themen im Feld der Jugendarbeit formuliert.

Anlage des Projekts

Die Begleitprozesse wurden im Rahmen des Modellprojekts „MUT – Interventionen“ von 2017 bis 2019 mit Teams im ländlichen Raum Sachsens durchgeführt. Das Projekt zielte darauf ab, sozialpädagogische Professionelle dabei zu unterstützen, in Vernetzung mit anderen Akteur*innen und Expert*innen, sozialraumspezifische pädagogische Prozesse zum Abbau rassistischer Ablehnungen bei Jugendlichen zu gestalten und Jugendarbeit als integrativen Raum weiterzuentwickeln (1). Die Adressat*innen der Akteur*innen und Expert*innen, so eine bestätigte Ausgangsthese, weisen rassistische und andere Ablehnungshaltungen auf. Zugleich sind die Adressat*innen zum Teil selbst auch Betroffene. Junge Menschen erleben diese Haltungen in ihrem Alltag – in mobilisierter Form im Zusammenhang mit der zwischenzeitlich angestiegenen Fluchtmigration nach Deutschland – als subjektiv sinnvoll, weil sie Orientierung geben in Prozessen ihrer Alltagsgestaltung. Und sie finden solche Haltungen als Bilder und Angebote in ihrer von Erwachsenen geprägten Lebenswelt vor.

Fachkräfte berichteten im Rahmen des Projekts von diversen Ablehnungshaltungen, welche nicht nur bei ihren Adressat*innen, sondern auch im Lokalraum, in ihrem privaten Umfeld, selbst bei Kolleg*innen vorhanden sind. Eine kritische Zivilgesellschaft wird vor allem in den ländlichen Räumen als schwach entwickelt wahrgenommen. Aufgrund der lokal jeweils etablierten Anbieterstruktur der Jugendarbeit, aber teilweise auch aufgrund des generellen Mangels an soziokulturellen Initiativen, werden die Einrichtungen und Projekte von jungen Menschen mit unterschiedlichen politischen Haltungen und sozialen Bezügen besucht. Auch deshalb verdichten sich bestimmte Herausforderungen in den Einrichtungen in oft starker Weise. Und so wird die Frage dringlich, wie diverse Haltungen und Haltungsäußerungen zu deuten sind und wo Ansatzpunkte jugendarbeiterischen Umgangs bestehen.

„Das Ziel von Politik“, so heißt es bei Hannah Arendt, „ist Freiheit“.

Politische Bildung soll laut Beutelsbacher Konsens darauf ausgerichtet sein, dass ihre ...

In den Begleitprozessen wurde mit den Fachkräften darauf hingearbeitet, dass sie zu diesem Zweck kurze, lebenswelt- und alltagserkundende Interviews mit Jugendlichen aus ihren Angeboten führen. Diese dienten in den Beratungen mit den Fachkräften als Reflexions- und Analysetool im Hinblick auf mögliche Strategien zur Demokratiebildung. Ziel war es, ein Gefühl dafür zu bekommen, an welchen Stellen sich bei Jugendlichen Ablehnungshaltungen zeigen, mehr aber noch, an welchen Stellen ihrer Alltagsgestaltung eben solche Haltungen als funktional erlebt werden oder nahe liegend erscheinen. Hieraus, so die Idee, lassen sich lebensweltlich anschlussfähige Prozesse der Demokratiebildung gestalten, welche auch in einem niedrighwelligen, offenen Setting eine längerfristige Arbeit an Ablehnungshaltungen möglich machen. Die im Folgenden präsentierten Zitate aus unterschiedlichen Interviews beziehen sich auf allgemeine Aspekte des Alltags und der Alltagsgestaltung. Daran anschließend werden wir an Auszügen aus zwei Interviews einen Blick auf Muster von Abgrenzung und Ablehnung werfen und eine Unterscheidung zwischen zwei Typen vornehmen.

Alltag zwischen völkischem Nationalismus und positionierten Demokrat*innen

Die von den Fachkräften interviewten jungen Menschen berichten allgemein über einen teilweise eng strukturierten und fordernden Alltag: *„dann kommt höchstens noch der beste Freund auf ‘ne Zigarette vorbei. Da wird noch ein bisschen geschmackt und dann war’s das auch für den Tag, weil es ist halt schon schwierig, wenn man um sieben Feierabend hat“* (2). Diesem Alltag steht die „Freizeit“ als offener Raum gegenüber. Wo sie beschrieben wird, geht es immer auch um besondere Orte, welche ungezwungene, entspannende Tätigkeiten und Begegnung im peer-Kontext ermöglichen. So wird in einem Interview berichtet, *„dass wir recht viel am Steinbruch baden sind bei uns, (...) irgendjemanden trifft man immer (...) mit denen man dann mal wieder ein Pläuschchen halten kann.“* Oder es wird erzählt, man habe *„so ‘ne kleine Bude gebaut (...) Also da können locker zehn Leute rein. Also mit Erdgeschoss, mit Ofen, Kamin, Sitzecke, Tisch. (...) So Holz sägen oder halt wirklich mal was erneuern und ‘ne neue Etage dran bauen. Das macht schon echt Spaß.“* Aber auch kommerzielle Kneipen oder Cafés spielen eine wichtige Rolle als Treffpunkte und Kommunikationsorte: *„wir sind dort schon Stammgäste, weil wir das wirklich jedes Wochenende fast machen und fast jeden Freitag, dass wir dort einfach hingehen und uns hinsetzen (...) Bis dahin sitzen wir dann und machen uns einfach ‘nen Bunt und reden über Gott und die Welt. Wie die Woche so war, wie die Arbeit so war.“*

In diesen Räumen – und nicht nur dort – kennt man sich. Ländlicher geprägte Räume halten engere soziale Kontexte bereit, die einfache, bekannte Begegnungen möglich machen. Allerdings sind alltägliches Aufeinandertreffen und Kommunikation auch nicht immer entspannt und frei von Druck. Man trifft sich auch ungewollt, steht unter einem gewissen Kommunikationsdruck und einem höheren Maß an sozialer Kontrolle: *„jeder kennt jeden und es ist wirklich, sei es die Nachbarn, sei es Freunde. Sei es selbst die Oma (...) Man trifft wirklich immer jemanden zum Quatschen. Ich persönlich find’ das eigentlich ganz schlimm, weil beim Einkaufen hätt’ ich gern meine Ruhe“*. Diesen Situationen können vor allem junge Menschen entgegen, die mobil sind. In Kontexten der Freizeit werden auch Normen aufgestellt und verhandelt. Es werden Orte angeeignet, zum Beispiel der erwähnte Badesee, an dem zugleich auch bestimmte Gepflogenheiten gelten. Diese Orte müssen zugleich geteilt werden, so dass nebeneinander verschiedene Gepflogenheiten existieren. Andere lassen Müll rumliegen, *„den sammeln wir dann meistens auch wieder auf“*. Wieder andere nutzen



den Ort, um sich dort zu betrinken. Von ihnen grenzt man sich nach Möglichkeit ab. Dabei steuern immer auch Wahrnehmungen gängiger gesellschaftlicher Reaktionen die eigene Umgangsweise. Das Ausmaß gesellschaftlicher Akzeptanz und Nicht-Akzeptanz gegenüber bestimmten Gruppen beeinflusst den eigenen Umgang mit Menschen, die diesen Gruppen zugeordnet werden. In Auseinandersetzungen mit dem sozialen Gefüge vor Ort werden so auch immer wieder Ablehnungshaltungen und -erfahrungen deutlich. Sie drücken sich bei den Jugendlichen vorwiegend in stil- bzw. lebensstilbezogenen Abgrenzungen und Werturteilen aus. Allerdings sind sie eben nicht immer nur geschmacklicher Natur. Sie besitzen soziale Anker in gesellschaftlich existierenden Abgrenzungen gegenüber Statusschwachen und aus der Norm Fallenden, deren Geltungskraft in engen Sozialräumen vergleichsweise stark ist.

... Adressat*innen sich ihrer Interessenslagen gewahr, dass sie urteilsfähig und politisch handlungsfähig werden.

In diesem Zusammenhang zeigt sich etwa: wo Rassismus sichtbar und – auch in Bildern und Metaphern – öffentlich ausgedrückt wird, werden auch Neonazis als Akteur*innen erwähnt. Sie werden von den Jugendlichen aber kaum noch als eine deutlich abgrenzbare Gruppe wahrgenommen. Vielmehr scheint alles ineinander zu verschwimmen. Die Grenzen zu einem an den jeweiligen Orten weiterhin existierenden neonazistischen Spektrum werden in dem Maße unsichtbar, in dem auch normale Bürger*innen sich – verstärkt nach den Dynamiken seit 2014 – auf entsprechende Weise positionieren.

Es ergibt sich so ein Bild von politischen Handlungsgeflechten, welche sich im lokalen Raum deutlich vielschichtiger und differenzierter darstellen, als es Einstellungsstudien wie auch Programme zur Demokratieförderung im Hinblick auf „antidemo-



Foto: Marisa_Sias_pixabay

kratische Problemträger*innen“ teilweise nahelegen. Will man sie verstehen, deuten und jugendarbeiterisch bearbeiten, sind genauere, lebensweltbezogene Analysen und flexibler angelegte, strategische Vorgehensweisen notwendig. Die Komplexität der Ausgangslage soll anhand von Auszügen aus zwei Interviews beispielhaft dargestellt werden.

Beispiel 1 – Alltagsgestaltung und gesellschaftliche Dynamiken im ländlichen Raum

Eine Jugendarbeiterin befragte eine Jugendliche, welche ihr aus den Arbeitskontexten seit geraumer Zeit bekannt ist. Sie ist 21, machte zu dem Zeitpunkt eine Ausbildung zur Fachinformatikerin (Wunschausbildung) und hat „früher mal“ Handball gespielt, „was jetzt leider ein bisschen durch die Ausbildung nach hinten verschoben worden ist.“

Heimat beinhaltet für sie „Freiheit, Ruhe, gute Freunde, die immer halt mit da sind. Die geben das Gefühl der Geborgenheit“. Familie und Freundeskreis sind „zusammengeschweißt (...). Immer an einem Strang ziehen und so“. Die Heimat muss aber möglicherweise aus beruflichen Gründen auch verlassen werden. Einerseits wolle sie „die Welt so 'n bisschen (...) erkunden und eigentlich (...) so Neues erkunden“, auch um neue Freundschaften zu knüpfen. Andererseits hoffe sie, zurückkommen zu können. Das Leben in ei-

Eine kritische Zivilgesellschaft wird vor allem in den ländlichen Räumen als schwach entwickelt wahrgenommen.

ner größeren Stadt ist nicht ihre Perspektive: „Ort AE ist riesengroß und vernetzt, wo ich mir denke, ich wüsste jetzt gar nicht, wo ich hier lang müsste, selbst wenn ich, glaub' ich, schon die ganze Zeit hier wohnen würde. Es wär' einfach dann doch nichts für mich. Dann lieber so paar kleinere Orte, wo man sich auskennt, wo man weiß, wo alles ist.“ Grundlegende Zukunftssorgen mache sie sich „nicht wirklich“. In ihrer Freizeit ist die Jugendliche integriert in eine der lokalen „McDonalds-Tuner-Cliquen“. Das Hobby ist dabei Ausdruck von Mobilität, von neuen erwachsenen Freiräumen sowie von Wettbewerb zwischen den jungen Menschen – „wer hat besser getunt“. Dabei wird auch gelegentlich reflektiert: „ob man's dann wirklich braucht“.

Von Jugendarbeit bzw. Jugendbeteiligungsinitiativen wird die Interviewte ebenfalls erreicht und beteiligt sich punktuell: „das klingt ganz interessant. Machen wir mal mit“. Sie stellt auch Überlegungen an, wie sich die Lebensqualität für junge Menschen im Lokalraum verbessern ließe: „nehm' ich dieses Bahnhofsgebäude wahr, woraus man vielleicht eventuell doch noch was machen könnte. (...) vielleicht so, wo man halt noch mehr Innenaktivitäten für Jugendliche mit reinbringen können so in der Art. (...) wo halt einfach nur zum Beispiel Billardtische drinstehen. (...) Wo man nicht halt immer Geld dafür braucht“.

Zusammengefasst beinhaltet die Alltagserzählung der jungen Frau bis hierhin Aussagen über Werte, in denen Heimat und soziale Gefüge zusammenfallen und positiv bewertet werden. Gleichzeitig ist von beruflichen und freizeitbezogenen Bedürfnissen die Rede, welche über den Lokalraum hinausweisen und Mobilität als wichtiges Thema unterstreichen. Die eigene Beteiligung zu Jugendthemen wird nicht dezidiert politisch beschrieben. Allerdings zeigt sich in weiteren Passagen, wie sich eine weithin „unpolitische“ Sichtweise doch mit einer weitreichenden politischen Positionierung verknüpft:

Interviewerin: (...) Und wenn du so grade das medial beobachtet zwecks „Fridays for Future“, was geht dir denn durch den Kopf?

Saskia (3): Eigentlich absolut gar nichts, weil ich immer zu der Zeit, wenn das passiert, grade Berufsschule hatte, und da hab' ich mich eigentlich mehr drüber aufgeregt, wieso weshalb, warum man das grad' da macht. Vor allem, weil's ja meistens Schüler waren, die grad' mal aufs Gymnasium gingen und so. Wo ich mir denke: ‚Was macht ihr hier?‘ Wir haben uns halt meistens in der Berufsschule drüber aufgeregt, dass wir jetzt nicht vom Fleck kommen. Wir wollen alle nach Hause. Es war anstrengend und die ganzen Straßen sind eh schon gesperrt. ‚Warum sperrt ihr das jetzt noch mehr?‘ Also das ist jetzt nicht so wirklich mein Thema, weil

klar, man sieht, es sind Jugendliche im Alter von vielleicht 14 Jahren oder so, die da mit hingehen, wo du denkst: ‚Ihr habt doch eh noch keinen Plan. Macht erstmal eure Schule fertig. Dann könnt ihr euch mit reinhängen‘. So ‘n bisschen. (...) Die, die das ansprechen, können da vielleicht schon ihre Meinung... Jeder hat ja seine eigene Meinung. Die darf er auch ja frei vertreten. Das steht ja auch im Grundgesetz. So. Aber muss das unbedingt immer an Tagen sein um Uhrzeiten, wo eh alle beschäftigt sind oder halt dann zum Feierabendverkehr, wo eh alle nach Hause wollen. Dann kommen se nicht nach Hause. Kann man das nicht mal an so ‘nem freien Tag machen? So in der Art.

Interviewerin: (...) Und das beeinflusst dich überhaupt nicht, zu gucken, was passiert eigentlich mit unserer Welt, mit dem Klima? Das hat ja auch Einfluss auf ‘ne Zukunft.

Saskia: Ja, es hat seinen Einfluss, aber so wirklich ... Wir haben’s bis jetzt auch alle überlebt und ich denke, so schlimm wird das jetzt auch nicht sein, weil es gibt ja jetzt wirklich schon Experten dafür, die sich dafür einsetzen, um halt das Wohl unserer Kinder, Jüngeren, für uns alle wieder besser zu machen. Warum müssen sich dann noch halt welche, die das eigentlich noch nicht so richtig verstehen können, mit reinhängen? So.

Interviewerin: Und sonst? Gibt’s politische Themen oder so, die dich aufregen oder antriggern?

Saskia: Ja. Asylbewerberpolitik. Sagen wir mal so. Ich bin jetzt nicht Feind davon, weil wir haben ja selber vier Stück in unserer Klasse. Die integrieren sich und machen halt was. Es gibt gute Beispiele. Es gibt aber auch halt, wie gesagt, Negativbeispiele, wo ich selber dabei war und mit reingeraten bin. Das große Thema ist ja da jetzt das Chemnitzer Stadtfest. Da war ich ja bei dem einen letztes Jahr dabei. Oder vor zwei Jahren? Vor zwei Jahren. Letztes Jahr (...) Da hat man das halt auch alles so verfolgt, was da so passiert. Oder halt jetzt auch in Ort AC gab’s ja auch Vorfälle. Da war ich ja da auch als Zeugin mit dabei und dann verfolgt man das Ganze weiter und weiter. Dann denkst du so: ‚Mmh, warum werden die auf einmal anders behandelt als wir?‘ Wir gehen zum Beispiel in ‘n Knast für irgendwas, was ziemlich harmlos ist, und die andern werden wieder freigesprochen und dürfen wieder (unv.). Aber es hat ja jeder seine eigene Meinung.

Interviewerin: Also du meinst so die Ungerechtigkeit?

Saskia: Die Ungerechtigkeit (unv.), weil sie kommen ja eigentlich in unser Land, wollen ja hier leben so wie wir ungefähr. Ich hab’ jetzt nichts gegen die Sitten und Bräuche, die se mitbringen. Die haben wir ja auch. Die leben wir auch in den Urlaubsländern aus, wo wir hinfliegen und so. Aber wenn, dann sollen se sich doch bitte auch so integrieren,

Die Grenzen zu einem existierenden neonazistischen Spektrum werden in dem Maße unsichtbar, ...

... in dem auch normale Bürger*innen sich auf entsprechende Weise positionieren.

dass se nach unsern Gesetzen leben und nicht, dass extra neue Gesetze dafür angeschafft werden in der Politik. Ausgearbeitet werden und dann ...

Interviewerin: Hast du da ein konkretes Beispiel?

Saskia: Ich hab’ nur damals was auf ‚Facebook‘ gelesen zwecks diesem Vorfall vor zwei Jahren. Da gab’s mal ‘nen Auszug. Da stand zum Beispiel drin, die dürfen gar nicht verurteilt werden. Die dürfen nur ungefähr so grob jetzt freigesprochen werden und das und das. Abschiebung höchstens, was dann aber auch nicht passiert ist. Und alles so ... Ist schon bisschen länger her der Artikel.



Foto: RitaE_pixabay RitaE_pixabay

Interviewerin: Okay. Und wenn du so Dinge auf ‚Facebook‘ liest, informierst du dich dann auch noch mal über andere Quellen so zu den Themen oder?

Saskia: Na, ich les’ es eigentlich nur, reg’ mich innerlich ‘n bisschen drüber auf und mit Freunden und dann ist die Sache eigentlich gegessen. Also man liest ... Man weiß ja, dass man nicht alles glauben soll. Man kann sich ja dann die eigene Meinung bilden, diskutieren ‘n bisschen, und dann ist das irgendwann wieder vom Tisch.

Die Passage zeigt, dass unterschiedliche politische Themen im Alltag der jungen Frau eine Rolle spielen, auch wenn diese nicht explizit als wichtige Themen verhandelt werden und sich die Interviewte auch nicht mit einer bestimmten politischen Gruppierung identifiziert.

Teilweise ist die Darstellung von autoritären Zügen geprägt, die weniger aus aktuellen Debatten gespeist scheinen, sondern mehr aus tradierten (patriarchalen) Haltungen bzw. Etabliertenvorrechten – ‚die vom Gymnasium sollen doch erst was leisten‘; ‚für die Themen gibt es Experten‘ – gegenüber Jugendlichen geprägt sind. Auch die Haltung gegenüber geflüchteten Menschen – ‚wer herkommt, soll keinen Ärger machen‘ – scheint lokalistischen Identifikationsmustern (Bibouche/Held 2011) zu entspringen, die bereits vor 2014 eine Rolle gespielt haben. Es scheint, als würden

eher Phrasen der Erwachsenenwelt übernommen, als es tatsächlich auf eine Argumentation ankommen zu lassen. Möglich wird dies auch dadurch, dass das soziale Umfeld diese Themen ähnlich verhandelt. So besteht auch kein Anlass, im Gespräch oder im Konsum von Medieninformationen Themen tiefer zu durchdringen. Das Setzen der Themen und die Kommunikation hierüber entspringt weniger konkreten Anliegen, sondern tiefer liegenden Kontroll- und Integrationsbedürfnissen, die im Freundeskreis, aber auch im lokalen Raum eingelöst werden sollen.

Der „Preis“ (oder „Lohn“) der Einlösung besteht darin, dass eigene politische Positionen im Sinne einer qualifizierten Selbstpositionierung nicht geschärft und die demokratische Aushandlung von Konflikten nicht eingeübt werden müssen. Damit können letztlich aber auch die eigenen, oben geschilderten Lebensgestaltungsbedürfnisse und angerissenen Interessenslagen nicht zum Gegenstand von Reflexion, Relationierung oder artikulierter Kritik gemacht werden. Indem die junge Frau einerseits modernisierte Facetten von Lebensgestaltung wie Hobby, Ausbildung und Mobilität aufweist, gleichzeitig aber stark in enge Sozialbezüge, Identifikationen mit dem ländlichen Gemeinwesen und hegemonialen Debatten integriert ist, ohne diese als politisch zu interpretieren, entspricht sie dem *Typus eines etabliert-depolitizierenden Lokalismus*. Teil davon ist eine umfassende Verantwortungsübergabe an ‚Verantwortliche‘. Diese ‚funktioniert‘ aber nur so lange, wie diese Verantwortlichen im eigenen Sinne handeln.

Beispiel 2 – rechtsoffene Alltäglichkeiten und Peer-Bezüge im kleinräumigen Kontext

Die zweite Passage entstammt einem Interview, welches ein Jugendarbeiter mit zwei Jugendlichen führte. Es geht hier um freundschaftliche Bezüge im Lokalraum. Die Freundeskreise sind von unterschiedlichen subkulturellen Zugehörigkeiten und politischen Haltungen geprägt. Bekanntschaften überschneiden sich und es gibt Begegnungen. Hieraus resultieren Erfahrungen mit Ablehnungen auch untereinander.

Christian: Bei mir war's so, mein bester Freund ist auch mit dem Franz gut befreundet, auch gleiche Musikrichtung und alles und ihm sieht man's auch an und ...

Interviewer: Wie sieht der aus? Was sieht man ihm an?

Christian: An sich so von den ...

Ben: Klamotten.

Christian: Ja genau. Danke. Das Wort hab' ich gesucht. Und auch Haare (unv.).

Interviewer: Was sieht man da? Ich hab' keine Ahnung.

Christian: Fast nicht vorhandenen Haare.

Interviewer: Also die Oi's-Skin-Richtung.

Christian: Genau. Und da haben sich auch einige schon aufgeregt, wo ich dann gesagt hab': ‚Eh Leute, das ist mein bester Freund. Überlegt mal, was ihr hier sagt‘.

Interviewer: Was sagen die?



Christian: Na dadurch, dass einige meiner Freunde dann doch eher in die rechte Szene gehen, wird sich immer aufgeregt und alles mögliche, wo ich dann gesagt hab': ‚Nee, überlegt was ihr sagt. Ich bin mit euch gerne befreundet, aber lasst die Kommentare einfach.‘ Und haben dann auch gesagt: ‚Ja gut, dann lassen wir's.‘ Ich meine, wenn ich sie mitkriege, kann ich auch nichts machen, aber ich hab's sie dann erstmal soweit gekriegt, dass sie es gelassen haben. (unv.)

Interviewer: Was haben die da gesagt? Also ich kann mir gar nicht vorstellen, weil der sieht ja eigentlich passend auch zur rechten Szene dann quasi.

Christian: Ja, aber ...

Interviewer: Die Abgrenzung ist ja schwierig.

Christian: Ja, aber die ... Weiß jetzt schon gar nicht mehr genau, was kam, aber ...

Interviewer: Jetzt hast du sozusagen ...

Christian: Auf jeden Fall nichts Freundliches.

Interviewer: ... dafür geworben, dass die, wenn ihr miteinander unterwegs seid, dass dann solche Sprüche nicht kommen?

Christian: Na ich hab' dann gesagt: ‚Leute, lasst es.‘ Haben sie dann nach anfänglichen, wo dann doch mal was rausgerutscht kam, aber auch gelassen. Hab' mir dann selber auch gesagt: ‚Ja, ich bin ja an sich gerne mit denen befreundet. Guckste mal, wie das läuft und wenn's nicht, dann müssen halt härtere Konsequenzen gezogen werden.‘

Interviewer: Hast du aber bis jetzt nicht gemacht?

Christian: Nee, weil das haben sie zumindest vor mir dann echt gelassen.

Deutlich wird hier, dass nicht gegensätzliche Szenen in politischen Ereignissen aufeinandertreffen, sondern heterogene Haltungen im Kreis der Bekannten bestehen. Dabei scheinen die Mehrheitsverhältnisse klar, denn es sind mehrere Freunde, welche sich gegen eine als links identifizierte Person wenden. Da der Anlass nicht aus aktuellen Ereignissen hergeleitet wird, kann auch davon ausgegangen werden,

Heimat beinhaltet „Freiheit, Ruhe, gute Freunde, die immer mit da sind. Die geben das Gefühl der Geborgenheit“.

dass hier schon länger tradierte, mindestens anti-linke Haltungen zur Geltung kommen, welche sonst nicht notwendigerweise benannt werden oder offen gezeigt werden müssen. Auch hier besteht der Umgang nicht in einer inhaltlichen Aushandlung oder politischen Diskussion, sondern drückt sich im Versuch des Ruhigstellens und der Dethematisierung aus. Diese Ruhe ermöglicht ein weiteres Bestehen des sozialen Gefüges. Für die betroffene Person ändert sich aber außer einer sichtbaren Parteilichkeit des Freundes vorerst nichts. Die Politisierung des Konflikts und die Suche nach sowie die Aktivierung möglicher Verbündeter scheint nicht nahezuliegen.

Einerseits sind die beiden Interviewten in das soziale Peergefüge integriert. Gleichzeitig stehen sie, wie eine Person direkt äußert, unter Druck, sich zu kreuzenden freundschaftlichen Verbindungen und politischen Haltungen bzw. subkulturellen Inszenierungen und damit einhergehenden Abwertungen zu positionieren. Durch das bewusste Entpolitisieren eines zentralen gesellschaftlichen Konflikts, welcher hier in seiner lokalen Alltäglichkeit aufscheint und das gleichzeitige parteiliche Eintreten unter den beschriebenen Mehrheitsverhältnissen für den Freund, erscheinen die Interviewten bzw. der hier Sprechende als *Typ subkulturell-entpolitisierender Geduldeter*.

Fazit: Ziel Freiheit?

Wie die Passagen aus den Interviews zeigen, sind Ablehnungshaltungen und damit auch Rassismus deutlich filigraner und feingliedriger in den Alltag junger Menschen eingewoben als dies Beschreibungen aus Demokratiebildung und Prävention häufig nahelegen. Will man Jugendarbeit – ganz unbescheiden und proaktiv – als demokratisches „Bollwerk“ verstehen, muss man die eingenommenen Positionen zur Kenntnis nehmen, sie verstehen, in der eigenen Praxis den Dialog mit den Adressat*innen schärfen und die Frage zulassen, wie die eigenen Angebotsräume gestaltet werden. Dabei lassen sich jene Interessenslagen und Alltagsdynamiken erkennen, welche in den Passagen geschildert wurden. Junge Menschen haben einen teilweise belastenden Alltag und sind daher auf aneignungsoffene, gestaltbare Räume zur Entspannung und Kommunikation an-



Demokratiebildung muss die lebensweltlichen Bezugspunkte für demokratische oder ablehnende Haltungen erkunden.

gewiesen, welche nicht oder nur mittelbar durch Erwachsene vorstrukturiert und überwacht werden. Dann können auch eigene Normen und Kontrollbedürfnisse zur Aushandlung gebracht werden. Das fraglose, teilweise unbewusste Übernehmen erwachsener Kontrollnormen, Sichtweisen und das Schwingen zwischen sozialer Nähe und sozialer Enge sind wichtige Themen, welche im Sinne einer Begleitung des Aufwachsens von den Professionellen zum Thema gemacht werden können. Hierzu zählen auch politische Dynamiken, lokale Debatten und/oder (sub-)kulturelle Identifikationen. Sie sind immer Teil der Alltagsgestaltung vor Ort und zugleich anschlussfähig für lokal vorherrschende Selbstverständlichkeiten, in denen Ablehnungen und Ausgrenzungen als Probleme unsichtbar gemacht werden. Der lokale Raum als bloßer Raum der Sicherheit oder als Raum der Harmonie ist letztlich der Raum, in dem solche Haltungen sich stets aufs Neue reproduzieren können. In diesem Sinne sind die oben beispielhaft aufgeführten Typen der etabliert-depolitizierenden Lokalistin und des subkulturell-entpolitizierenden Geduldeten wichtige Adressat*innen der lebensweltbezogenen Demokratiebildung. Sie werden aber kaum sichtbar, wenn man den eigenen Blick allein auf offensichtliche Neonazis und „angstgeprägte“ Rassist*innen legt.

Für eine *Demokratiebildung als forschende Praxis in der Jugendarbeit* bedeutet dies:

- Demokratiebildung muss die lebensweltlichen Bezugspunkte für demokratische oder ablehnende Haltungen erkunden.
- Dabei geht es auch um ein Verständnis für Erfahrungen, daraus resultierende Lebensgestaltungsbedürfnisse und mögliche pädagogische Angebote im Sinne von Freiheit.
- Demokratiebildung in der Jugendarbeit kommt damit nicht die abstrakte Bildung über Demokratie oder mögliche, abstrakte Beteiligungserfahrungen zu. Sie steht für die Ermittlung und dialogische Reformulierung von Interessenslagen mit Blick auf ein parteiliches Einstehen mit den Adressat*innen.
- In der gleichzeitigen Arbeit mit ablehnenden wie auch von Rassismus betroffenen Jugendlichen begeben sich die Professionellen mit eigenen Positionen in Konflikte des Alltags und stellen hierfür Räume zur Verfügung.

Eine umfangreiches Unterfangen für die Praktiker*innen, aber dazu der Dramatiker Heiner Müller: „Wenn man nicht das Unmögliche verlangt oder will, wird der Raum des Möglichen immer kleiner.“

Anmerkungen:

- 1) Siehe hierzu den Zwischenbericht (https://www.vielfalt-mediathek.de/data/agjf_mutinterventionen_vielfalt_mediathek.pdf) und den Abschlussbericht (https://www.vielfalt-mediathek.de/data/agjfsachsen_potentiale_von_jugendarbeit_fr_demokratiebildung_mutinterventionen_vielfalt_mediathek.pdf) des Projekts.
- 2) Die im Folgenden verwendeten Zitate stammen aus verschiedenen Interviews, die Fachkräfte im Rahmen des Projekts mit Jugendlichen geführt haben.
- 3) Es handelt sich bei den für die Jugendlichen verwendeten Namen um Pseudonyme.

Literatur:

- Arendt, H. (1990): Macht und Gewalt. München.
- Arendt, H. (2017): Was ist Politik? München – Berlin.
- Bibouche, S./Held, J. (2011): Rechtsextreme Dynamiken in der politischen Kultur. Zur sinnvollen Verbindung von quantitativen

und qualitativen Methoden am Beispiel eines Forschungsprojektes. In: Melter C./Mecheril, P. (Hg.): Rassismuskritik. Band 1: Rassismustheorie und -forschung. Schwalbach/Ts.

Bundeszentrale für politische Bildung (2020): Beutelsbacher Konsens. Link: <https://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens> [30.04.2020]

Dewey, J. (2011): Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik. Weinheim.

Kai Dietrich

studierte Sozialpädagogik in Chemnitz. Seit 2010 ist er Projektmitarbeiter bei der AGJF Sachsen e.V. und koordiniert hier seit 2016 den Arbeitsbereich „MUT“.

Dr. Nils Schuhmacher

ist Lehrbeauftragter im Fachgebiet Kriminologische Sozialforschung an der Universität Hamburg.

Kita: Eigene Strukturen betrachten sowie betroffene Kinder und Familien stärken

vom Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg

Oft wird davon ausgegangen, dass Verhandlungen von rechten Ideologieelementen im Kontext von Kitas kaum Relevanz haben, weil Kleinkinder Rassismus, Antisemitismus oder andere Menschenfeindlichkeiten nicht begreifen würden. In der Beratungsarbeit ist das Mobile Beratungsteam jedoch immer wieder mit Anfragen aus diesem Bereich be-

schäftigt. Häufig verorten die Einrichtungen diesbezügliche Schwierigkeiten im Außen und übersehen dabei die strukturelle und institutionelle Dimension. Anhand einiger Beispiele aus der Praxis stellen wir Problemlagen, Lösungsansätze und Handlungsoptionen vor.



schäftigt. Häufig verorten die Einrichtungen diesbezügliche Schwierigkeiten im Außen und übersehen dabei die strukturelle und institutionelle Dimension. Anhand einiger Beispiele

Eine Erzieherin bemerkt bei einem Kollegen gehäuft rassistische Äußerungen gegenüber Kindern in der Kita und beginnt sich dem entgegenzustellen. In der Auseinandersetzung mit der Leitung und weiteren Kolleg*innen erfährt sie keinen Rückhalt, es wird nicht eingegriffen. Im Gegenteil, die Debatte im Haus führt dazu, dass die Erzieherin als Problem wahrgenommen wird. Das Thema wird auf eine persönliche Ebene verlagert, als ginge es um Meinungsverschiedenheiten zwischen zwei Kolleg*innen. Als Folge fühlt sich die Erzieherin im Stich gelassen und verlässt die Einrichtung.

In einer Institution, die den Zugang zu sozialpädagogischen Angeboten vor allem für Kinder aus Familien mit Flucht- oder Migrationsgeschichte unterstützt, kommt es zu Reproduktionen von rechten Ideologieelementen. Im Kontakt mit den Kindern und Familien äußern die ehrenamtlichen Hel-

Eine Erzieherin bemerkt bei einem Kollegen gehäuft rassistische Äußerungen gegenüber Kita-Kindern und beginnt sich dem entgegenzustellen.

fer*innen der Einrichtung sich rassistisch. Eine Mitarbeiterin möchte dem entgegenwirken, weiß aber nicht, wo sie ansetzen soll. Dadurch, wie die Arbeit zwischen hauptamtlichen Mitarbeiter*innen und Ehrenamtlichen strukturiert ist, sind die Hürden, eine Veränderung einzuleiten, sehr hoch. Es fehlt an klaren Regelungen und Zuständigkeiten im Umgang mit solchen Vorfällen.

Da Versatzstücke von Rechtsextremismus wie Rassismus, Antisemitismus oder LGBTIQ-Feindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft verbreitet sind, verwundert es nicht, dass sie auch in Kitas und Frühförderangeboten für Kinder präsent sind. Dabei lassen sich verschiedene Probleme identifizieren. Zum einen mangelt es an der Fähigkeit, rechte Hal-



Foto: JensHilligsoe_flickr

tungen und Handlungen als solche wahrzunehmen und besprechbar zu machen. Im Hintergrund kann dabei unter anderem die Sorge stehen, dass eine Einrichtung als Ganzes in ein schlechtes Licht gerückt wird, wenn das Verhalten einzelner Kolleg*innen bekannt und besprochen wird. Viel eher bräuchte es jedoch ein Erkennen von Rassismen und Antisemitismen als gesamtgesellschaftliches Problem, dem sich überall immer wieder neu gestellt werden muss. Dabei ist der Übergang zwischen unbewussten Reproduktionen bis hin zu gefestigten rechtsextremen, beispielsweise AfD-nahen Positionen fließend. Umso wichtiger sind es, auffallende Personen, ihre Haltungen und Handlungen, ernst zu nehmen und richtig einzuschätzen.

Zum anderen geht es auch um strukturelle Fragen: Wer ist zuständig, wenn rassistische oder antisemitische Reproduktionen passieren? An wen können sich die Kinder oder Familien wenden? Gibt es ein Beschwerdeverfahren? Nach der Erfahrung des Mobilien Beratungsteams braucht es in diesen Fällen vor allem eine Entschiedenheit, die Verantwortung wahrzunehmen, Betroffene bei Diskriminierung nicht alleinzulassen. Auch muss es aussichtsreich erscheinen, sich als vermeintliche*r Beobachtende*r oder Bystander*in in einen Vorfall einzuschalten.

Im Fokus muss dabei der Schutz der betroffenen Kinder (und Eltern) stehen, die der rechten Gewalt potentiell aus-

gesetzt sind. (1) Die Möglichkeit zu lernen, dass sie mit ihren Ausgrenzungserfahrungen angenommen werden und auf offene Ohren stoßen, schützt sie davor, strukturelle Gewalt als „normal“ zu begreifen. Zwar zeigen sich die Folgen im Verhalten von Kindern erst später, aber sie lernen und verinnerlichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen von Anfang an. Durch normierende Repräsentationen, abwehrende Reaktion auf ihre Perspektiven, ein besonderes Interesse an ihrer vermeintlichen Andersheit werden gesellschaftliche Ausschlussmechanismen für Kinder beispielsweise spürbar (vgl. Backhaus, Anne/Berit, Wolter, 2019, S. 20 f.). In ihrer Publikation zu diskriminierungssensiblen Beschwerdeverfahren in Kitas zeigen Anne Backhaus und Berit Wolter (ebd., S. 8 f.) jedoch, dass Kinder, sobald ein diskriminierungssensibler Raum geschaffen ist, ihre schmerzhaften Erfahrungen durchaus kundtun und Veränderungen mitgestalten können.

Notwendige Rahmenbedingungen in Institutionen

Als Mobiles Beratungsteam werden wir häufig für Workshops zu konkreten Handlungsmöglichkeiten bei Angriffen von Rechts oder gegen rassistische Reproduktionen angefragt. Aus fachlicher Sicht ist ein vorgefertigtes und aufgrund zeitlicher Ressourcen meist kurzes Angebot häufig nicht zielführend. Je nach Kontext und Institution gibt es sehr unterschiedliche Handlungsoptionen, die an die jewei-

Kinder sind abhängig von der Einschätzung Erwachsener – von der Legitimität einer Beschwerde bis hin zu Lösungsvorschlägen.

ligen Bedarfe angepasst und gemeinsam erarbeitet werden sollten. Bei der Störung einer Veranstaltung durch rassistische Reproduktionen ist es zum Beispiel für die einen Mitarbeitenden wichtig, konkrete Verantwortliche zu benennen, andere fühlen sich sicher damit, ggf. auch die Polizei zu rufen, wohingegen wieder andere Institutionen dies komplett ablehnen (unter anderem aufgrund von Racial Profiling und strukturellem Rassismus auch in Sicherheitsbehörden).

Zudem ist bei den Überlegungen zu Gegenstrategien ein Blick auf die eigenen Strukturen wichtig. Rassismus und Antisemitismus zeigen sich auch auf institutioneller und gesellschaftlicher Ebene, beispielsweise in der fehlenden Repräsentation Schwarzer Menschen und Menschen of Color im Personal und auf Leitungsebene oder in Kinderbüchern und Kinderliedern, die vorrangig weiße Lebensrealitäten widerspiegeln oder Vorurteile und Stereotype bedienen. Der Umgang mit rassistischen, antisemitischen und menschenfeindlichen Einstellungen und Aussagen erfordert auf institutioneller Ebene Veränderungen und Gegenstrategien. Auf ein paar ausgewählte, noch erweiterbare erforderliche Rahmenbedingungen gehen wir im Folgenden ein.

Ein rassismuskritischer Blick auf die eigenen Strukturen bedarf der Verantwortungsübernahme auf institutioneller Ebene und somit auch auf Leitungsebene. Dies setzt voraus, auch auf Leerstellen auf institutioneller und persönlicher Ebene aufmerksam zu werden, die unter Umständen bisherige Selbstverständlichkeiten ins Wanken bringen und auch Widerstände bei Mitarbeitenden und/oder Eltern mit sich bringen. Dies erfordert ein Sich-Einlassen auf einen Prozess, der keine schnellen Lösungen und fertigen Maßnahmenpakete bereitstellt.

Vielmehr geht es darum, für die jeweilige Kita passende und nachhaltige Strategien zu entwickeln, die unter anderem auch die Bereitstellung finanzieller und zeitlicher Ressourcen erfordern. Die Hamburger Kita-Landschaft ist durch Personalmangel und eine das Angebot übersteigende Nachfrage ohnehin schon mit großen Herausforderungen konfrontiert. Aus fachlicher Sicht ist eine externe Beratung mit machtkritischer Expertise notwendig, um einen solchen Prozess zu begleiten (vgl. Foitzik, Andreas/Pohl, Axel, 2009, S. 2). Durch die Perspektive von außen ist unter anderem eher gewährleistet, dass Maßnahmen konkret umgesetzt, Prozesse zusammengeführt beziehungsweise beendet und Rassismen auf verschiedenen Ebenen sichtbar werden und bleiben.

Ein erster Schritt ist es, eine gemeinsame und klare Haltung in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten zu erarbeiten und diese in Form einer Satzung oder eines Leitbildes nach innen und außen zu kommunizieren. Diese Grundlage sollte möglichst konkret und alltagsrelevant formuliert sein (vgl.

Eine Hamburger Kita etwa geht die Auseinandersetzung mit den eigenen Strukturen proaktiv an, indem das Team der Kita ...

Lehnert, Esther/Radvan, Heike, 2018, S. 25). Die Einigung auf schwammigere Begriffe wie Respekt, Toleranz oder Vielfalt erscheint zunächst positiver als Ausschlüsse und entspricht auch häufig dem Selbstbild von Kitas. Das ist grundsätzlich ein erster Schritt, sich zu positionieren – gleichzeitig fehlt jedoch so eine Handlungsgrundlage. Zudem wird nicht deutlich, dass rassistische und antisemitische Einstellungen explizit nicht mit dem Selbstverständnis vereinbar sind. Und nicht zuletzt erschwert eine zunächst positive, dabei aber unklare Formulierung die Thematisierung von Rassismus und Antisemitismus und einen kritischen Blick auf die eigene Institution.

In der Beratungspraxis erweist sich die Arbeit an Regelwerken wie bspw. Hausordnungen und Ausschlussklauseln als sehr gute Grundlage für inhaltliche Auseinandersetzungen und Praxisreflexionen im Team. In vielen Kitas gibt es bereits Schutzkonzepte, die vor allem auf sexualisierte Gewalt fokussieren. Hier kann bisher schon erfolgreich Erprobtes

erweitert werden. Dabei kann der Ausblick, nicht „bei null“ anfangen zu müssen, entlasten.

In dem beschriebenen Beispiel der Institution, die den Zugang zu sozialpädagogischen Angeboten vor allem für Kinder aus Familien mit Flucht- oder Migrationsgeschichte unterstützt, kann dies die Handlungssicherheit der Mitarbeiterin stärken. Zum einen wird an bereits Bestehendes angeknüpft, zum anderen gibt es eine gemeinsame Aushandlung über den Umgang mit rassistischen Reproduktionen von Haupt- und Ehrenamtlichen sowie Beschwerden von Bezugspersonen/Eltern und Kindern. Eine Festschreibung dieses ausgehandelten und damit nun vorgesehenen Umgangs in einer öffentlichen Hausordnung oder gar einem Leitbild markiert eine Verantwortung der Institution auch unabhängig von der Initiative einzelner Mitarbeiter*innen, auf die von allen Akteur*innen verwiesen werden kann.

Kindern auf Augenhöhe zu begegnen und ihre Bedürfnisse ernst zu nehmen, gilt heute als Standard in der frühkindlichen Bildung und wird auch in Kitas praktiziert. Dies entspricht einer kritischen Reflexion von gesellschaftlichen Machtgefällen zwischen Erwachsenen und Kindern. Dazu gehört auch, dass Beschwerden von Kindern gehört und anerkannt werden. „Wenn es um Diskriminierung geht,



Foto: Chill dich schlau

kommt hinzu, dass diese Erfahrungen in einer Welt gemacht werden, in der sie häufig als normal gelten und deshalb oft gar kein Grund zur Beschwerde gesehen wird“ (Backhaus, Anne/Berit, Wolter, 2019, S. 4). Nicht alle Kinder haben dieselben Möglichkeiten, sich zu beschweren. Kinder werden gesellschaftlich unterschiedlich gehört und in ihren Anliegen wahr- und ernst genommen. Hinzu kommt die Abhängigkeit von der Einschätzung Erwachsener – von der Legitimität einer Beschwerde bis hin zu Lösungsvorschlägen. Gesellschaftliche Ungleichwertigkeitsvorstellungen in Beschwerdeverfahren anzuerkennen und zu berücksichtigen, unterstützt Kinder darin, eigene Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen als solche zu benennen und „einen stärken den Umgang mit abwertenden Botschaften über sich und andere (zu) entwickeln“ (ebd., S. 21).

Ausblick

An dieser Stelle möchten wir nichts zusammenfassen oder wiederholen, sondern auf gute und wichtige Beispiele aus der Praxis eingehen.

Eine Hamburger Kita etwa geht die Auseinandersetzung mit den eigenen Strukturen proaktiv an, indem das Team der Kita regelmäßig an Angeboten zu Empowerment oder Critical Whiteness und Antirassismus-Trainings teilnimmt. Dies wird bereits auf der Startseite ihrer Homepage kommuniziert. Somit werden konkrete Maßnahmen auf institutioneller Ebene transparent vermittelt und es wird auf die diskriminierungskritische Ausrichtung der Kita hingewiesen. Entscheidend ist ebenfalls die Besetzung von Leitungs- und Entscheidungspositionen mit Fachkräften mit Rassismus- und/oder Antisemitismuserfahrungen, um Empowerment zu fördern und institutioneller Diskriminierung entgegenzutreten.

Ein weiteres Beispiel ist ein Projekt, in dem es um die Entwicklung und kritische Reflexion von diskriminierungssensiblen Beschwerdeverfahren ging. Es war als ein dreijähriger Prozess angelegt – an diesem nahmen vier Modellkitas teil. Dabei wurden unter anderem konkrete Beschwerdeverfahren erprobt und formuliert, welche Herausforderungen und Schwierigkeiten mitbedacht werden

... regelmäßig an Angeboten zu Empowerment oder Critical Whiteness und Antirassismus-Trainings teilnimmt.

Anmerkung:

- 1) Kinder haben nach der UN-Kinderrechtskonvention von 1989 ebenso ein Recht auf Schutz vor Diskriminierung wie Erwachsene. Kinder, die ihre Rechte kennen und lernen, Beschwerden mitzuteilen, können sich besser gegen Ungleichbehandlung wehren (vgl. Lehnert, Esther/Radvan, Heike, 2018, S. 41f).

Literatur:

- Backhaus, Anne/Berit, Wolter (2019): Wenn Diskriminierung nicht in den Kummerkasten passt. Eine Arbeitshilfe zur Einführung von diskriminierungssensiblen Beschwerdeverfahren in der Kita.
- Foitzik, Andreas/Pohl, Axel (2009): Das Lob der Haare in der Suppe. Selbstreflexivität Interkultureller Öffnung. In: Scharathow, Wiebke/Leiprecht Rudolf (Hrsg.): Rassismuskritik, Band 2: Rassismuskritische Bildungsarbeit.
- Lehnert, Esther/Radvan, Heike (2018): Fallanalysen und Handlungsmöglichkeiten in der Praxis. In: Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Ene, mene, muh – und raus bist du! Ungleichwertigkeit und frühkindliche Pädagogik.

sollten. In einer dieser Kitas können Kinder auf einer Verabredungswand Einzelgespräche initiieren, indem sie ihr Foto und das Foto einer*ines Mitarbeiter*in aufhängen. In der Reflexion der Verabredungswand wird neben weiteren Aspekten der fehlende Zugang für sehbeeinträchtigte



Foto: Wolfgang Eckert_pixabay

und blinde Kinder zu diesem Verfahren thematisiert und es werden hilfreiche Hinweise zu seiner Einführung bereitgestellt (vgl. Backhaus, Anne/Berit, Wolter, 2019, S. 57).

Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) e. V. (2017): Diversitätsorientierte Organisationsentwicklung. Grundsätze und Qualitätskriterien. Link: <http://raa-berlin.de/wp-content/uploads/2017/07/DO-GRUNDSAETZE-RAA-BERLIN.pdf> [4.5.2020]

Zünbül, Müge (2017): Empowerment – Ein Gegenkonzept zu Rassismus-Reproduktionen in der offenen Jugendarbeit. In: Amadeu Antonio Stiftung. „ju:an“ Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit (Hrsg.): Dokumentation der Fachtagung NSU-Komplex. Verstehen. Reflektieren. Intervenieren. Impulse aus der antisemitismus- und rassismuskritischen Jugendarbeit. Link: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2019/01/nsu-dokumentation-1.pdf> [4.5.2020]



Das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg bietet kurzfristig, unbürokratisch und kostenlos Unterstützung für Einzelpersonen, Angehörige und Institutionen. Themenfelder unserer Arbeit sind gruppenbezogene Menschenfeindlichkeiten wie zum Beispiel Rassismus und Antisemitismus. Recherche/Monitoring, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit gehört ebenfalls zu unseren Aufgaben. Dabei steht die Perspektive von Betroffenen im Zentrum.

„The kids aren't alt-right“

Antifaschistisch-politische Jugendbildungsarbeit im Kontext Fußball.
Vorstellung und Praxisreflexion des Projektes „Bildung am Millerntor“

von Fabian Fritz

Fußball ist politisch

Zum Beginn der „Corona-Krise“ dominierte auch ein Thema die medialen Debatten, welches auf den ersten Blick dort in der Intensität nicht zu erwarten war: Der deutsche (Männer)-Fußball. Mit dem Verweis darauf, dass er der „Kitt der Gesellschaft“ sei, forderte der frühere DFL-Geschäftsführer Andreas Rettig Sonderregelungen zur Fortführung von Fußballspielen in der Pandemie-Zeit (vgl. MZ 2020). Auch wenn wir aktuell wissen, dass die Entwicklungen um COVID-19 diese Forderung kassiert haben, so macht die geführte mediale Debatte die gesellschaftliche Bedeutung des Fußballs in Deutschland deutlich.

Timm Beichelt schreibt dem Fußball in seinen Analysen sogar solch eine enorme Bedeutung zu, dass „Diskurse und Symbole aus der Welt des Fußballs [...] auch in der weiteren Gesellschaft an Relevanz [gewinnen und] [...] dort umgesetzte Geschäfte [...] die Gesamtwirtschaft [berühren]“ (Beichelt 2018: S. 8). Beichelt erweitert diese Perspektive unter anderem um das Feld der Politik und somit lässt sich der Fußball als ein Feld der Politik jenseits politischer Institutionen charakterisieren (vgl. ebd.: S. 101 ff.). Auch wenn Beichelt hier insbesondere die Sportpolitik im Blick hat, so ist es doch vor allem ein politisches Thema, welches es eben doch immer wieder in den wissenschaftlichen und medialen Diskurs über den Fußball geschafft hat: Rechtsextreme Fans. Nun könnte man meinen, dies sei ein Phänomen der 1980er und 1990er Jahre. Jedoch gibt es immer noch extrem rechte Fangruppen, wie beispielsweise „Inferno Cottbus 99“ rund um den Verein FC Energie Cottbus,

die bestens in die rechte Szene vernetzt sind (vgl. BNR/Freires 2020).



Die Gefahren solcher „toxischen Gebilde“ (ebd.) bekommen vor allem Menschen mit Migrationsgeschichte, politische Gegner*innen der Rechten und alternativ Lebende zu spüren. Dass Fußballfanszenen mit Bezug zu dem rechten Spektrum ein nicht zu unterschätzendes Organisationspotential haben, zeigt exemplarisch der Angriff auf den alternativen Stadtteil Leipzig-Connewitz Anfang 2016. Dabei gingen Fans der Vereine 1. FC Lok Leipzig, Dynamo Dresden, Rot-Weiß Erfurt, Carl Zeiss Jena, Hallescher FC, Chemnitzer FC und RB Leipzig koordiniert und gemeinsam gegen alternative Strukturen vor, verletzten Menschen und zerstörten etliche Ladengeschäfte und eine Wohnung. Viele der Täter waren zu diesem Zeitpunkt noch jugendlich (vgl. le1101 2017). Das mag nicht verwundern, schließlich sind Ultras – also organisierte Fans

mit hoher Identifikationsbereitschaft – heute eine der größten Jugendsubkulturen. Die Gefahr also, dass Jugendliche durch ihr Fußballfan-Dasein in ein rechtes Spektrum abrutschen, sollte nicht unterschätzt werden. Die (Neue) Rechte bemüht sich sogar um den beliebten Sport und seine Fans (vgl. Geisler/Gerster 2016), und gleichzeitig bieten Fußballfanszenen immer noch den Nährboden zahlreicher Diskriminierungsformen – von Antisemitismus über Rassismus bis Sexismus. (1)

Gleichzeitig gibt es in den Fankurven zahlreiche Gruppen und Initiativen, die sich gegen Diskriminierung stark machen und zivilgesellschaftliches Engagement (2) ausüben (vgl. Endemann et al. 2015). Der Fußball ist also politisch und seine Fans verfolgen verschiedene Weltanschauungen. Jedoch sollten diese verschiedenen politischen Weltanschauungen nicht einfach gleichwertig gegeneinander gestellt werden, denn „[r]assistische Anschauungen und die Ablehnung von Rassismus liegen sicher nicht auf einer

Die Gefahr, dass Jugendliche durch ihr Fußballfan-Dasein in ein rechtes Spektrum abrutschen, sollte nicht unterschätzt werden.

Ebene – Humanismus und Menschenfeindlichkeit auch nicht“ (Ziegler/Fritz 2020 i.E.). Gerade hier hat der jahrelang um vermeintlich politische Neutralität bemühte Fußball in Deutschland einiges nachzuholen und muss Verantwortung übernehmen (vgl. ebd.).

Ein Projekt aus dem Fußballbereich, welches angekoppelt an etliche Profivereine diese Verantwortung wahrnimmt, ist *Lernort Stadion*. An verschiedenen Standorten wird an die Begeisterung von Jugendlichen für den Fußball angeknüpft und es werden Angebote politischer Bildungsarbeit gemacht. Im vorliegenden Beitrag stellt sich der jüngste dieser Standorte vor: Das Projekt „Bildung am Millerntor“ beim Museum für den FC St. Pauli. Neben der Erläuterung des Modells und einem kurzen Blick auf die Methoden, soll es vor allem darum gehen, die eigene Arbeit vor dem Hintergrund einer erstarkenden Rechten in unserer Gesellschaft auf Basis der eigenen Erfahrungen mit politischer Jugendbildung und Demokratiebildung zu reflektieren.

Politische Bildung und Fußball: Der Zusammenschluss *Lernort Stadion*

Im Jahr 2009 wurde dann der bundesweite Zusammenschluss *Lernort Stadion* etabliert. Ziel war es, eine Lücke in der politischen Bildungsarbeit mit dem Medium Fußball (vgl. Vosgerau 2014: S. 6) zu schließen. Aktuell existieren 20 Standorte – Tendenz steigend –, deren Bandbreite von großen Vereinen wie dem FC Bayern München oder Borussia Dortmund bis hin zu kleinen Vereinen wie Dynamo Dresden oder Hansa Rostock reicht. Ihnen gemeinsam ist, dass sie ihren Schwerpunkt auf die politische Bildung legen. Dabei unterscheiden sie sich von den Fanprojekten, die jugendsozialarbeiterische Angebote für Fans und insbesondere Ultras machen.

Die Lernzentren nach dem Modell von *Lernort Stadion* richten sich heute insbesondere an Schulklassen, möchten aber Angebote in einem außerschulischen Setting machen.

Konkret heißt das, es sollen vor allem Klassen aus Schulen angesprochen werden, die beispielsweise in deprivierten Stadtteilen liegen und aus Schüler*innen bestehen, die keinen leichten Zugang zu außerschulischen Bildungsangeboten haben. Erreicht werden damit pro Jahr an allen Standorten mehr als 12.500 Jugendliche. Diese Arbeit wird von mehr als 60 Fachkräften in den Standorten bundesweit geleistet (vgl. LOS 2020).

Fußballfanszenen bieten immer noch den Nährboden zahlreicher Diskriminierungsformen.

Ihre Angebote reichen von „Module[n] zu Themen wie Demokratie, Anti-Diskriminierung, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF), Inklusion, Fairplay [...] [bis hin zu] Zivilcourage“ (ebd.). Schwerpunkt ist dabei immer der Fußball. So werden Beispiele aus dem Alltag von Spieler*innen oder Fans als Aufhänger genutzt und das Stadion als Ort thematisiert – meist auch in einer obligatorischen und themenbezogenen Stadionführung.

Die Inhalte der Angebote sind so vielfältig wie die Vereine und Träger selbst. So kann man beispielsweise bei „Schalke macht Schule“ einen Workshop zum Erwerb und Ausbau sozialer Kompetenzen, beim „Lernzentrum OstKurveSaal“ in Bremen einen Kurs zur Berufsvorbereitung oder beim „Lernzentrum Hertha BSC“ eine Geschichtswerkstatt zur Deutschen Teilung besuchen. Zwar ist politische Bildung immer ein Kernangebot der Standorte, aber die meisten Angebote reichen darüber hinaus. Da es an dieser Stelle nicht gelingen würde, alle Standorte und ihre Angebote vorzustellen, möchten wir an dieser Stelle unser Projekt „BAM!/Bildung am Millerntor“ vorstellen.

Politische Jugendbildung am Millerntor: Das Projekt BAM!

Der FC St. Pauli wird weltweit als der Vorzeigeverein beim Engagement gegen Rechts und für eine gerechtere Gesellschaft wahrgenommen. Seine Fanszene verfügt dabei über ein umfangreiches Mobilisierungspotential. Ein Beispiel ist der Aufbau eines Museums für den FC St. Pauli. Mit einem gemeinnützigen Verein realisieren die Fans dieses

Projekt. (3) Dort werden seit dem Frühjahr

2019 unter dem neuen Projektnamen

„BAM!/Bildung am Millerntor“

auch Angebote der politischen Jugendbildung gemacht. Mit

drei Mitarbeiter*innen,

wovon eine hauptamtlich

angestellt ist, steht das

Projekt mit seiner jungen

Geschichte noch am Anfang. Trotzdem

konnte pünktlich zum

Weltfrauenkampftag

am 08. März 2020 bereits ein viertes

Workshop-Angebot zum Thema

Gender gestartet werden.

Somit kann man nun folgende

Angebote kostenlos buchen (4):



Foto: F. Fritz

- VEREINT stärker – Vorurteile und Diskriminierung erkennen und zusammen handeln
- Der FC St. Pauli und seine Rolle im „Dritten Reich“
- Mehr als schön – wo kommt meine Kleidung her?
- Liebe, Sex & Fußball

Die Auswahl der Workshopthemen ergeben sich aus aktuellen Diskussionen im Fußball sowie Themen mit aktueller Relevanz für junge Menschen. Letztere eruieren wir aus Fachdiskursen der Sozialen Arbeit und der politischen Bildungsarbeit sowie durch direkte Rückmeldungen junger Menschen aus der Fanszene sowie Besucher*innen unserer Workshops. Um die Einbindung junger Menschen in die Arbeit von BAM! zu erhöhen und damit noch näher an die relevanten Themen unserer Zielgruppe zu rücken findet 2020/21 eine Ausbildung von jungen Fans zu Trainer*innen der politischen Bildung statt. Von diesem Peerkonzept erhoffen wir uns, neben der noch authentischeren Vermittlung unter Peers auch eine erhöhte Motivation der Teilnehmenden sich in demokratischen Prozessen wie Vereinsarbeit zu beteiligen und aktiv zu werden. Passend zum Themenschwerpunkt dieses Heftes wollen wir aus platzökonomischen Gründen hier *einen* Workshop grob skizzieren, um eine Vorstellung von unserer Arbeit zu vermitteln.

VEREINT stärker – Vorurteile und Diskriminierung erkennen und zusammen handeln

Die Gruppe wird im Stadion empfangen und in das Seminarsetting eingeführt. Nach einem Kennenlernen werden Verabredungen über die Zusammenarbeit vereinbart. Über eigene Erfahrungen mit Vorurteilen und Stereotypen und einem kleinen Input gestaltet sich der inhaltliche Einstieg in das Thema des Workshops. Hierbei geht es um die Erarbeitung von Erscheinungsformen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (im weiteren GMF). Nachdem sich in einem ersten Schritt über gesellschaftliche Privilegien und Ausschlussmechanismen verständigt wird, kommt ein sogenanntes „Privilegienspiel“ zum Einsatz – ein Rollenspiel, das Diskriminierungserfahrungen nachvollziehbar macht. Hier werden bereits die ersten Fußballbezüge hergestellt, in dem Rollen aus diesem Bereich vergeben wer-



Foto: Ultra St. Pauli

Mit unserem Projekt stehen wir an einer Schnittstelle zwischen politischer Bildung und einem demokratischen Verein.

den. Anschließend werden der Gruppe Bilder von Spruchbändern, Fahnen, Graffiti, Aufklebern usw. aus dem Fußballbereich und fußballbezogene Werbung gezeigt, die diskriminierende Botschaften enthalten. Die jungen Menschen ordnen diese dann Tafeln mit verschiedenen Formen zu und kommen so mit den Teamer*innen und untereinander in Austausch. Hierbei werden auch Gegenstrategien diskutiert, die am Alltag der jungen Menschen anknüpfen und sich auf diesen beziehen. Bei der anschließenden Stadionführung werden anhand der ausgehängten Stadionordnung, Poster und Graffiti die dort vorzufindenden Statements gegen Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit diskutiert und in ein Verhältnis zu dem vorher erarbeiteten gesetzt.

Die anderen Workshops sind ähnlich strukturiert. Beim Workshop zum Nationalsozialismus wird beispielsweise das Denkmal für ermordete Vereinsmitglieder aufgesucht und beim Workshop zur Kleidungsproduktion wird die Werbung im Stadion und der Stadionshop besichtigt. Insgesamt haben wir in unserem ersten Jahr an 30 Workshop-Terminen 635 Jugendliche erreicht. Auch wenn wir mit unseren Angeboten noch nicht lange laufen, wollen wir im Folgenden, die von uns gemachten Angebote einordnen und einschätzen.

Potentiale, Grenzen und Perspektiven von BAM!

Resultierend aus der Eingebundenheit in den bundesweiten *Lernort Stadion* und der Zusammenarbeit mit dem Förderverein Kommunale Sozialforschung Hamburg (5) auf lokaler Ebene orientieren wir uns an zwei Bildungskonzepten: Kritische politische Bildung und Demokratiebildung nach der „Hamburger Schule“. Beide können hier nur oberflächlich angerissen werden. Für uns bieten die Ausführungen von Benno Hafener zur politischen Bildung einen passenden Referenzrahmen. Politischer Bildung dürfe es nämlich „nicht lediglich um kognitive Wissensvermittlung [gehen], sondern zugleich [auch] um handlungsorientierte Lernprozesse mit der Perspektive, dass das gelernte Wissen [...] reflexiv bedeutsam und praktisch relevant ist bzw.

Lernort Stadion erreicht mit seinen Projekten pro Jahr an allen Standorten mehr als 12.500 Jugendliche.

wird“ (Hafenegger 2018: S. 1112). Eine solche Auffassung von politischer Bildung ist für uns anknüpfungsfähig an das Hamburger Konzept von Demokratiebildung. Helmut Richter (2019) und seine Kolleg*innen gehen davon aus, dass sich „Demokratie aktiv angeeignet werden muss [...], [und zwar] durch die konkrete Praxis von Demokratie in pädagogischen Organisationen, demokratischen Vereinen und in kommunaler Lebenswelt“ (ASUHH 2018).

Da wir mit unserem Projekt nun an einer Schnittstelle zwischen politischer Bildung und einem demokratischen Verein stehen, denken wir beide Ansätze zusammen. Daraus ergeben sich für uns drei wesentliche Aspekte für die demokratische Bildung: eine **demokratische Weltanschauung**, **demokratisch verfasste Strukturen** und **gesellschaftliche Solidarität**. Jedoch gestaltet sich das Zusammenspiel dieser Aspekte in unserer Arbeit nicht immer reibungslos, woraus sich die Potentiale und Grenzen unserer Arbeit ergeben. Hierauf möchten wir näher eingehen.

Viele der jungen Menschen, die mit Schulklassen oder Jugendgruppen an unseren Workshops teilnehmen, bringen sowohl einige Anfragen die Themenkomplexe GMF betreffend als auch – deutlich mehr – Anfragen bezüglich des Bereichs Fußball mit. An dieser Stelle greift größtenteils das Konzept von *Lernort Stadion* und die Verknüpfung von beiden Bereichen schafft durch die überraschend hohe praktische Relevanz von Fußball für junge Menschen die Möglichkeit kognitiver Wissensvermittlung über GMF und Fußball. Anhand der gewählten Beispiele gelingt also die Vermittlung einer **demokratischen Weltanschauung**. Besonderes Potential liegt in der Debatte über die vermeintliche Neutralität des Fußballs. Diese kann in den Workshops anhand von Diskriminierungsbeispielen in Frage gestellt werden. An ihre Stelle treten stattdessen Perspektiven einer diskriminierungskritischen und demokratischen Weltanschauung.

Die Idee, dass wir junge Menschen im Rahmen unserer Arbeit Möglichkeiten von Demokratiebildung im Sinne von Demokratieerfahrung in **demokratisch verfassten Struk-**

Wir bauen häufig Bezugspunkte zu Vereinsstrukturen ein und legen die Vorteile von Mitgliedschaften in demokratischen Strukturen offen.



Foto: F. Fritz

turen bieten, ist ambivalenter. Eine Schwierigkeit liegt in der Zielgruppe der Schulklassen. Auch wenn unsere Erfahrung ist, dass das Themenfeld des Fußballs zwar größtenteils alle anspricht, so ist nicht davon auszugehen, dass alle freiwillig teilnehmen. Schüler*innen sind damit konfrontiert, dass ihnen weder am Lehrplan noch bei der Planung von Ausflügen demokratische Mitentscheidung zugesprochen wird, denn die Schule bleibt „trotz aller Selbstverwaltungselemente eine Zwangseinrichtung [...], die hinsichtlich ihrer zentralen Rahmenbedingungen [...] keine Demokratie der Betroffenen zulässt“ (Richter et al. 2016: S. 605).

Auf der anderen Seite steht uns mit dem FC St. Pauli eine Landschaft verschiedenster demokratisch verfasster Strukturen gegenüber. Damit eröffnet sich uns die Perspektive des Verweises und der Veranschaulichung am Beispiel. Wir bauen daher häufig Bezugspunkte zu Vereinsstrukturen ein und legen die Vorteile von Mitgliedschaften in demokratischen Strukturen offen. Hierbei sei nicht vergessen, dass uns auch Jugendvereine- und verbände besuchen. Mit ihnen lässt es sich hierbei deutlich einfacher anknüpfen.

Ebenfalls ambivalent bleibt bei uns die Bildungserfahrung durch **gesellschaftliche Solidarität**, wie Jugendliche sie beispielsweise an konkret lokal und kommunal eingebundenen Vereinen machen können. Auch hier bleibt die Vermittlung abstrakt und muss sich damit begnügen, die zahlreichen Strukturen und Initiativen des FC St. Pauli als Veranschaulichung zu nutzen. Auf der anderen Seite können hier Impulse entstehen, selber Teil von solidarischen Strukturen innerhalb des eigenen lokalen Gemeinwens/seiner Kommune zu werden oder Impulse für den eigenen Verein mitzunehmen.

Somit lässt sich zusammenfassen, dass wir die Potentiale der politischen Bildung durchaus ausschöpfen können, aber das zugrundeliegende Konzept einer Demokratiebildung durch demokratische Erfahrungen nicht reflexiv zugänglich machen können. Jedoch bleibt uns gerade durch die angesprochene Schnittstellenposition das Potential auf

Besonderes Potential liegt in der Debatte über die vermeintliche Neutralität des Fußballs.

die Chance einer Mitgliedschaft in demokratischen Strukturen hinzuweisen und bei Interesse auch ganz konkret Vermittler*in zu sein – nämlich in dem Falle, wenn junge Sportbegeisterte auf der Suche nach einem Fanclub sind. In diesem Fall funktioniert der Verweis an das sozialpädagogische Fanprojekt, welches den Kontakt herstellen kann. Zuletzt möchten wir aber auf das Kernthema dieser Ausgabe zurückkommen und uns dezidiert mit den Potentialen einer antifaschistischen Bildung auseinandersetzen, die für uns im Bereich der politischen Bildung zu einer demokratischen Weltanschauung liegt.

Perspektive: Antifaschismus

Zuerst seien zwei Rahmenbedingungen verdeutlicht, die sicherlich nicht überraschen. Zum einen rückt die Gesellschaft in einigen Teilen aktuell nach rechts und menschenverachtende Diskurse und Weltanschauungen sind dabei, (wieder) mehr Einfluss zu gewinnen. Somit wird auch die Forderung nach politischer Bildung und Demokratiebildung wieder größer. Zum anderen ist der FC St. Pauli ein Verein, der seit langem für seine antifaschistischen Werte bekannt ist und dessen Fans man auch nachsagen kann, dass sie diese verteidigen und offensiv – auch gegen die politische Gegenseite – durchsetzen. Somit stehen wir mit unserem Projekt an einer Stelle, an der wir durch die jahrelange Erfahrung und Verstärkung antifaschistischer Weltanschauung beim FC St. Pauli besonders für das Thema sensibilisiert sind und zum anderen über ein gewachsenes Wissen verfügen, was rechte Strukturen, Codes und Denkmuster betrifft. Damit kommt für die Bildungsarbeit zweierlei zusammen: Zum einen vertreten wir den Antifaschismus offensiv und bauen entsprechende Themenblöcke in unsere Bildungsangebote ein. Zum anderen werden wir von Schulen und Jugendgruppen genau aus diesem Grund explizit angefragt – und das nicht gerade selten, weil es Erfahrungen mit rechten Tendenzen gab.

Gleichzeitig machen wir die Erfahrungen, dass dafür Kritik an uns herangetragen wird, da allein die Begrifflichkeit po-



Foto: F. Fritz

Es können Impulse entstehen, selber Teil von solidarischen Strukturen innerhalb des eigenen lokalen Gemeinwesens zu werden.

Menschenverachtende Diskurse und Weltanschauungen sind dabei, (wieder) mehr Einfluss zu gewinnen.

larisiert. Diese Debatte müssen wir häufiger auf den Boden der Tatsachen zurückholen und darauf verweisen, dass Antifaschismus in erster Linie heißt gegen den Faschismus zu sein – also gegen Unmenschlichkeit, Ausgrenzung und Unterdrückung und Gewalt gegen Andersdenkende. Darin können wir nichts Verwerfliches erkennen. Vielmehr noch nehmen wir unseren Bildungsauftrag ernst. Allein die Angriffe der rechtspopulistischen AfD auf die Schüler*innen der Hamburger Ida-Ehre-Schule (vgl. GEW Hamburg 2019) und die simple und klare Antwort der jungen Menschen „Antifaschismus ist Ehrensache“, zeigen, dass das Thema ein für junge Menschen relevantes ist. Diese Thematik nicht ernst zu nehmen, würde auch bedeuten, dass eigene Umfeld des FC St. Paulis nicht ernst zu nehmen. Schließlich sind es auch die jungen Ultras von St. Pauli, die sich positionieren und engagieren, wenn sie beispielsweise für sich reklamieren: „The kids aren't alt-right“. (6)

Mit dieser Ausgangslage und mit diesem Umfeld bringen wir ein ziemliches Alleinstellungsmerkmal für antifaschistische politische Bildung mit uns. Wir können anhand der eigenen Vereinshistorie geschichtlich herleiten, was Mitläufer*innentum und Ignoranz in der Zeit des Nationalsozialismus bedeutete und den Bogen zu aktuellem antifaschistischem Engagement spannen. Dabei bietet die eigene Fanszene eine polarisierende Veranschaulichung der Frage, wie weit jede*r Einzelne gehen möchte. Gleichzeitig können wir aus einer authentischen Perspektive heraus Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, über rechte Strukturen informieren und als Bildungseinrichtung unsere Verantwortung gesellschaftlicher Solidarität übernehmen, indem Angebote an jene gemacht werden, die sich politisch weiterbilden und engagieren wollen.

Nachdem wir hier nun unsere Strukturen, potenzielle Grenzen und Perspektiven offengelegt haben, möchten wir natürlich gerne mit den Leser*innen in eine Debatte treten und laden dazu ein, mit uns in Kontakt zu kommen. Dazu finden sich alle wichtigen Daten online: www.bildung-am-millerntor.de

Anmerkungen:

- 1) Eine sehr anschauliche Bildersammlung bietet übrigens auch der Blog: <https://ultrapeinlich.tumblr.com> (Achtung, es wird diskriminierendes und beleidigendes Material dokumentiert).
- 2) Als Gegenpart zum vorher genannten Blog zeigt diese Seite Material der antidiskriminierenden Arbeit von Fankurven: <https://ultraschoen.tumblr.com/>
- 3) <https://blog.1910-museum.de>
- 4) <https://www.bildung-am-millerntor.de>
- 5) Dieser wissenschaftliche Förderverein ist eng mit dem Arbeitsbereich Sozialpädagogik an der Universität Hamburg und dessen Konzept der Demokratiebildung nach der sogenannten „Hamburger Schule“ verknüpft. Der Verein beschäftigt sich mit der Beratung, Evaluation und Unterstützung von kommunalpädagogischen und demokratiebildnerischen Projekten von Vereinen, Verbänden und Trägern.
- 6) Alt-Right (englisch für: alternative Rechte) ist eine Selbstbezeichnung (neuerer) rechter Strömungen in Europa und den USA.

Literatur:

- ASUHH – Arbeitsbereich Sozialpädagogik an der Universität Hamburg (2018): Demokratiebildung. Unser fachlicher Schwerpunkt: Demokratiebildung in Kinder- und Jugendhilfe und Kommune. Link: www.ew.uni-hamburg.de/einrichtungen/ew2/sozialpaedagogik/demokratiebildung.html [20.4.2020]
- Beichelt, Timm (2018): Ersatzspielfelder. Zum Verhältnis von Fußball und Macht. Berlin: Suhrkamp
- BNR – Blick nach Rechts/Freies, Horst (2020): Extrem gewaltbereite Mischszene in Cottbus. Link: www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/extrem-gewaltbereite-mischszene-in-cottbus [20.4.2020]
- Endemann, Martin/Claus, Robert/Dembowski, Gerd/Gabler, Jonas (Hrsg.) (2015): Zurück am Tatort Stadion. Diskriminierung und Antidiskriminierung in Fußball-Fankulturen. Göttingen: Die Werkstatt
- Geisler, Alexander/Gerster, Martin (2016): Fußball als Extrem-Sport – Die Unterwanderung des Breitensports als Strategieelement der extremen Rechten. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 469-494
- GEW Hamburg (2019): Der „Fall“ Ida Ehre. Die Bildungspolitik der AfD Hamburg, Teil 3. Link: www.gew-hamburg.de/themen/bildungspolitik/der-fall-ida-ehre [20.4.2020]



Hafeneeger, Benno (2018): Politische Bildung. In: Timpelt, Rudolf/Schmidt-Hertha, Bernhard (Hrsg.): Handbuch Bildungsforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 1111-1132

le1101 (2017): Die Täter des 11.01.2016.

Link: <https://le1101.noblogs.org/post/2017/01/11/ereignis-11-01-2016-leipzig/> [20.4.2020]

LOS – Lernort Stadion e.V. (2020): Wir bringen politische Bildung ins Fußballstadion. Link: www.lernort-stadion.de/ [20.4.2020]

MZ – Mitteldeutsche Zeitung (2020): „Kitt der Gesellschaft“. Bekommt der Fußball „Sonderstellung“ in Corona-Zeiten? Link: www.mz-web.de/sport/fussball/-kitt-der-gesellschaft-bekommt-der-fussball-sonderstellung-in-corona-zeiten-36485252. [15.4.2020]

Richter, Helmut (2019): Sozialpädagogik – Pädagogik des Sozialen. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer Fachmedien

Richter, Helmut/Sturzenhecker, Benedikt/Maykus, Stephan (2016): Wo wird Mensch Demokrat? Anfragen zur Demokratiebildung in (Sport-)Vereinen. In: Neue Praxis 46 (6), S. 603-611

Vosgerau, Söhnke (2014): Fußball und politische Bildung. Lernort Stadion. Was Fußball zur politischen Bildung beitragen kann. In: unsere jugend 66 (6), S. 247-256

Ziegler, Holger/Fritz, Fabian (2020 i.E.): „Kein Fußball den Faschisten“ – Zum Projekt „Bildung am Millerntor“. Potentiale und Grenzen der politischen Jugendbildung und Demokratiebildung nach dem Lernort-Stadion-Modell beim Museum für den FC St. Pauli. In: Kotthaus, Jochem/Arnold, Patrick (Hrsg.): Sportfans im Blickpunkt sozialwissenschaftlicher Forschung: Doppelpass. Spiel zwischen sozialarbeiterischer Praxis und wissenschaftlicher Fanforschung. Weinheim und Basel: Beltz Juventa, S. 1-17

Fabian Fritz



hat einen Masterabschluss in Erziehungs- und Bildungswissenschaft, ist Trainer für Zivilcourage und seit 2016 pädagogische Leitung beim FC St. Pauli Museum. Außerdem ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter für Soziale Arbeit an der HAW Hamburg und promoviert aktuell in Hamburg zu Demokratiebildung. Mail: fabian.fritz@1910-museum.de

*Vor einem Jahr berichteten Lena Sierts und Fabian Kaufmann in der FORUM-Ausgabe 2/2019 über ihr Projekt Dekonstrukt, welches sich in der digitalen Prävention der Neuen Rechten verortet. Damals erzählten sie, wie sie neurechten Youtuber*innen unter anderem dadurch etwas entgegensezten, dass sie politische Themen jugendgerecht aufbereiteten und mit eigenen Videos den digitalen Sozialraum besetzten. Das Pilotprojekt lief über 2 Jahre (2017-2019) und wurde von der Autorin des hier vorliegenden Beitrags wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Erste Befunde zu dieser noch sehr jungen aber richtungsweisenden pädagogischen Praxis sind für uns hier aufbereitet; der Artikel beruht in weiten Teilen auf dem Evaluationsbericht des Projektes, der digital abzurufen ist auf der Homepage: <http://dekonstrukt.org/materialien>*

Die Neue Rechte als Gegenstand digitaler pädagogischer Interventionen

Befunde einer ersten Praxisevaluation

von Johanna Sigl



Die Neue Rechte im digitalen Raum als Herausforderung für pädagogisches Handeln

Um die Neue Rechte in Hamburg ist es in der letzten Zeit bemerkenswert ruhig geworden. Nur wenige regionale Aktionen mit sehr geringer Außenwahrnehmung ließen sich beobachten. Auch auf der Webpräsenz der Hamburger ‚Identitären Bewegung‘ (IB) finden sich beispielsweise überwiegend Verlinkungen von Aktionen in anderen Regionen.

Bei genauerer Betrachtung lässt sich dabei konstatieren, dass die Neue Rechte, sowohl mit ihrem jugendkulturellen Projekt der IB im Besonderen aber auch generell als Teil der aktuellen rechtsextremen, autoritären Formierungen, vermehrt digital agiert. Dabei sind es die Sozialen Netzwerke im Internet, auf denen sich rechtsextreme politische Agitationsarbeit beobachten lässt. So scheint es folgerichtig, dass sich pädagogische Präventionsprojekte auch auf den digitalen Raum und dabei auf die Sozialen Netzwerke fokussieren sollten. Wie aber kann eine Soziale Arbeit aussehen, die sich dieser Problemstellung annimmt? Die bisherigen Ansätze der Rechtsextremismusprävention beziehen sich ganz überwiegend auf den analogen Raum und heben dabei insbesondere die Bedeutung der Beziehungsarbeit und der Lebensweltorientierung

hervor (vgl. Stützel 2019, Becker/Schmitt 2019). Aber auch losgelöst von der Fokussierung auf Rechtsextremismusprävention stellt es für die Soziale Arbeit eine besondere Herausforderung dar, die Digitalisierung der Gesellschaft in ihre Konzepterarbeitung miteinzubeziehen. Galt dies schon vor der gegenwärtigen Covid-19-Pandemie, macht selbige den Bedarf nur noch dringlicher deutlich: „Folgt die Soziale Arbeit weiterhin den ‚lebenswelt- und bedarfsorientierten Prämissen‘ (Helbig 2018: 141), so kann sie gar nicht anders als ihr Handlungsfeld künftig auch in das Internet zu verlagern“ (Sauerbrey/Vollmer 2019: 150).

Der bisherige Fokus innerhalb der Konzepte zur Rechtsextremismusprävention bringt im Bezug auf die Zielgruppe der Neuen Rechten noch eine weitere Besonderheit mit sich:

Die habituelle Selbstverortung der Anhänger*innen der Neuen Rechten verweist auf ihr gewollt intellektuelles und elitäres Selbstverständnis. Die damit einhergehende veränderte sozioökonomische Zusammensetzung steht in Wechselwirkung mit der inszenierten Abwendung vom Nationalsozialismus und dem Rückgriff auf alternative rechtsextreme Deutungsmuster, wie den Ethnopluralismus und die Erzählung von einem vermeintlichen ‚Großen Austausch‘ (vgl. Bruns/Glösel/Strobl 2018, Speit 2018). Als Ethnopluralismus wird ein Rassismus bezeichnet, der sich in seiner Beweisführung nicht auf biologisierte Merkmale wie beispielsweise die Hautfarbe von Menschen stützt, sondern kulturelle Unterschiede zwischen Menschen aus unterschiedlichen Ländern und ‚Kulturkreisen‘ hervorhebt und diese hierarchisch bewert-

Angehörige der Neuen Rechten unterscheiden sich durch ihre gesellschaftliche Positionierung fundamental ...



tet. Anschließend daran ist der ‚Große Austausch‘ ein rassistischer Verschwörungsmythos der besagt, dass die Migrationsbewegungen zu einem ‚Bevölkerungsaustausch‘ führen würden, durch den am Ende nur noch muslimische Menschen in Europa leben würden. Die Angehörigen der Neuen Rechten unterscheiden sich also sowohl durch die von ihnen vertretenen ideologischen Argumentationsmuster als auch durch ihre gesellschaftliche Positionierung fundamental von den (jungen) Menschen, die im Fokus bisheriger pädagogischer Konzepte der Rechtsextremismusprävention standen. Die skizzierte Verortung der Neuen Rechten erfordert demzufolge eine Neujustierung der sie adressierenden pädagogischen

... von den (jungen) Menschen,
die im Fokus bisheriger Konzepte
der Rechtsextremismusprävention standen.

Konzepte. Denn ein defizitärer Zugang, ausgerichtet an den angenommenen und realen Problemlagen von rechtsextrem Orientierten, führt an den Angehörigen der Neuen Rechten vorbei (Sigl 2020): „Zugehörige solcher ‚neurechten‘ Strukturen sowie junge Menschen, die von ihnen angesprochen werden sollen, waren bisher keine Adressat*innen von Jugendhilfe im Allgemeinen oder politischer Bildung im Speziellen – nicht zuletzt, weil sie sich dem klassischen Klischee von gewaltsuchenden, desintegrierten (extrem) rechten Personen entziehen“ (Sierts/Kaufmann 2019: 35).

Die Feststellung, dass Angehörige der Neuen Rechten nicht an angestammten Orten der Aufsuchenden Sozialen Arbeit anzutreffen sind, verlagert den Blick in die skizzierten digitalen Räume und dabei speziell in das Web 2.0. Das Web 2.0 dient den Kadern und Organisationen der Neuen Rechten als Agitationsraum und schafft gleichzeitig Möglichkeiten für ideologieaffine Personen, sich der Neuen Rechten zu nähern, sich zu vernetzen und/oder auch, sich zunächst in rechter Rhetorik und Argumentation zu üben. Mit dem Erstarken der Neuen Rechten insbesondere im Web 2.0 lassen sich Herausforderungen im Feld der gegenwärtigen pädagogischen Rechtsextremismusprävention markieren, der sich konkret bisher nur wenige Projekte angenommen haben. Eine Ausnahme ist das Projekt *Dekonstrukt*, das im Folgenden kurz vorgestellt wird.

Pädagogische Kontaktaufnahme im Web 2.0: Das Projekt *Dekonstrukt*

Unter der Trägerschaft des CJD Nords und gefördert aus Mitteln des Bundesprogramms ‚Demokratie leben‘ haben sich die Kolleg*innen im Projekt Dekonstrukt insbesondere der digitalen Prävention der Neuen Rechten angenommen (vgl. Kaufmann/Sierts 2019). Die Ausrichtung der Evaluation fokussiert weniger darauf, das Projekt in seiner Wirksamkeit zu überprüfen als vielmehr darauf, den bisherigen Projektverlauf detailliert nachzuzeichnen und in seiner Strukturlogik zu erfassen (vgl. Köttig et al. 2011). Dafür wurde das Datenmaterial mit einem kritischen Blick auf seine jeweiligen Entstehungskontexte zusammen analysiert. Mit den Mitarbeiter*innen wurden an unterschiedlichen Punkten im Projektverlauf narrative Interviews geführt, welche im Anschluss transkribiert wurden. Den Interviews zugrunde lagen zum einen die Erstellung einer Projektlebenskurve, an die sich narrative Nachfragen zu den abgebildeten Ereignissen anschlossen. Ein Erhebungsfokus lag auf der digitalen Ansprache. Dafür wurden zu von den Mitarbeiter*innen ausgewählten Anspracheverläufen fokussierte narrative Interviews geführt und ebenfalls verschriftlicht sowie eine erste Analyse der digitalen Kommunikation vorgenommen. Im digitalen Bereich fokussierte das Projekt darauf, in Form eines Vlogs mehrere ca. 15-minütige professionelle Videos zu erstellen, in denen zu Themen, die prominent in der Neuen Rechten verhandelt werden, jeweils Expert*innen einzuladen und diese mit einer Journalistin ins Gespräch kommen zu lassen. Die Videos sind auf dem YouTube-Channel des Projektes einsehbar.

Die ausgewählten Themen waren, jeweils mit einem Fragezeichen versehen, folgende: *Nationaler Arbeitskampf*, *Echte Männer*, *Fremde Täter*, *Grenzen dicht*, *Lügenpresse*. Entsprechend der projektleitenden Annahme folgte so ein ideologieba-



stierter Zugang zu der Zielgruppe. Es gehört zum Selbstverständnis des Projekts, den politischen Haltungen der Neuen Rechten nicht neutral und interessiert gegenüberzustehen, sondern stattdessen eindeutig erkennen zu lassen, dass die politischen Argumentationsfiguren der Neuen Rechten nicht geteilt und ihnen mit Gegennarrativen begegnet werden. Die Videos dienen als Gesprächsöffner, um mit den Adressat*innen in den digitalen Austausch zu kommen. Dieses Vorgehen war zugleich von der Erkenntnis geleitet, dass eine direkte, unvorbe-

reitete Ansprache auf Social Media Kanälen nicht dazu führte, dass die Adressat*innen den Kommunikationsfaden aufnehmen (vgl. Sierts/Kaufmann 2019). In ihrer Kommunikationsstrategie verfolgten die Mitarbeiter*innen sowohl das Vorgehen des „One-to-One“ (also direkte Kommunikation in privaten Nachrichtenkanälen) und des „One-to-Many“ (Kommentare in öffentlich einsehbaren Kommentarspalten), wobei letzteres als Counter Speech zu verstehen ist. Nicht die umfassende Distanzierung einzelner Akteur*innen scheint innerhalb des Projektrahmens realisierbar, wohl aber die Schaffung von Key-momenten, also selbstgewählten inhaltlichen Anknüpfungspunkten, die zu einer weiteren diskursoffenen Kommunikation beitragen können. Hier scheint es folgerichtig, dass sich die Mitarbeiter*innen weniger an einem Konzept von online-basierter Streetwork (vgl. Amadeu Antonio Stiftung 2017), sondern stärker an Konzepten der politischen Bildungsarbeit und Demokratiepädagogik orientiert haben.

Erste Befunde aus der pädagogischen Praxis

An dieser Stelle soll zunächst auf die organisationalen Herausforderungen eingegangen werden. Dabei ist festzustellen, dass, anders als im Projektentwurf analog zu den Förderrichtlinien geplant, ein regionaler Zuschnitt der Adressat*innen nicht umzusetzen ist. Die regionale Entgrenzung im Web 2.0 macht dementsprechend auch eine Förderlogik notwendig, die auf solche regionalen Zuschnitte verzichtet. Grundsätzlich schließt sich hier die Frage an, anhand welcher Indikatoren die Zielgruppen im Web 2.0 überhaupt gefiltert werden können. Eine weitere Entgrenzung lässt sich auch bei der Frage der Arbeitszeit beobachten. Zunächst wird den Mitarbeiter*innen, ähnlich wie im Rahmen Aufsuchender Sozialer



Arbeit, eine große zeitliche Flexibilität abverlangt. Die Kommunikationsgestaltung im Web 2.0 geht in der Summe nicht mit einer Kernarbeitszeit in den Vor- und Nachmittagsstunden konform. Gleichzeitig erschwert es den Moment des Austausches und des direkten Gesprächs, wenn Antworten von Seiten der Projektmitarbeiter*innen erst am darauffolgenden Tag und eben nicht umgehend in den Abendstunden erfolgen. Innerhalb der digitalen Ansprachen erwies sich aber auch alleine der Umfang als relevante Bezugsgröße. Gerade einige der One-to-One-Verläufe zogen sich über einen langen Zeitraum und banden dadurch die Arbeitskraft. An dieser



Stelle lässt sich eine Übertragung aus dem analogen Wirkungsfeld der Einzelfallarbeit vornehmen. Gleichzeitig erfordert die One-to-One-Kommunikation eine große Offenheit, sich auf einen unbestimmten Kommunikationsverlauf einzulassen.

Neben der unabdingbaren Expertise im Feld der Rechtsextremismusprävention zeigte sich die Notwendigkeit einer Verzahnung mit medienpädagogischer Kompetenz. Die Reichweite der eigenen Angebote im Web 2.0 ist in hohem Maße davon abhängig, dass die Beiträge entsprechend medienpädagogischer Erkenntnisse produziert und platziert werden. Eine geschlechtersensible Betrachtung der Kommunikationsverläufe zeigt, dass die bisher in Kommunikation getretenen Personen nahezu ausschließlich als männlich gelesen werden können. Dieser Befund korrespondiert mit der Dominanz von männlich gelesenen Personen in den sichtbaren Strukturen der Neuen Rechten. Gleichzeitig waren die Projektmitarbeiter*innen bemüht, durch die Einbindung zahlreicher als weiblich gelesener Akteur*innen dieser Dominanz eine geschlechterreflektierende Perspektive entgegenzusetzen. Dass die an den Vlog-Beiträgen beteiligten Frauen* nicht dazu beigetragen haben, den Frauen*anteil an den kommentierenden Personen zu erhöhen, mag auch damit zusammenhängen, dass das gewählte interaktive Vorgehen in der digitalen Ansprache eines bleibt, welches in seiner Struktur eher für sich als männlich identifizierende Personen attraktiv scheint.

Der konfrontative inhaltliche und politische Zugang, der sich zunächst in einem öffentlich sichtbaren Diskursraum vollzieht, knüpft an Interessen und Selbstbilder an, die innerhalb einer klassischen männlichen Sozialisation vermittelt werden. Zugleich lässt sich hier an Befunde der geschlechterreflektierenden Rechtsextremismusforschung anschließen, denen zufolge Frauen auf der Einstellungsebene nicht weniger rechtsextrem orientiert, in den speziellen politischen Handlungsfeldern jedoch seltener vertreten sind

Denn für die Zielgruppe der neurechtsaffinen Jugendlichen fehlen weiterhin ausdifferenzierte pädagogische Angebote, die einen webbasierten Zugang ermöglichen.

(vgl. stellvertretend Bitzan 2016). Die hier skizzierte männliche Dominanz innerhalb der Kommunikationsverläufe indes sollte nicht in den Trugschluss leiten, dass Männlichkeit ein notwendiges Merkmal der Zielgruppenbestimmung darstellen würde. Diese Sichtweise läuft Gefahr, Frauen als Adressat*innen der pädagogischen Angebote zu übersehen. Vielmehr sollte perspektivisch danach gefragt werden, wie die Arbeit und insbesondere die digitale Ansprache noch geschlechtersensibler gestaltet werden kann.

Fazit

Der pädagogische Weg der Verunsicherung durch einen Zugang über politische Inhalte und Narrative der Neuen Rechten entspricht dem habituellen Selbstverständnis der adressierten Personen. Eine diesbezüglich adressat*innengerecht gestaltete digitale Ansprache scheint vielversprechend für weitere pädagogische Konzeptentwicklungen. Denn für die Zielgruppe der neurechtsaffinen Jugendlichen fehlen weiterhin ausdifferenzierte pädagogische Angebote, die einen webbasierten



Zugang ermöglichen. Die Frage, wie sich eine etwaige Distanzierung von der extremen Rechten durch eine digitale Ansprache und einen sich anschließenden Kontaktverlauf gestalten kann, kann auf Grundlage der jetzigen Datenlage nicht gesättigt beantwortet werden. Eine digitale Ansprache und Kommunikation, orientiert an Narrativen und Gegenarrativen der Neuen Rechten, schafft Raum für Verunsicherung und kann Reflexionsprozesse in Gang setzen. Im Kommunikationsverlauf kann sich abbilden, dass eine Person von dem bisher eingenommenen Standpunkt zurückweicht. Damit kann die digitale Ansprache ein wichtiges Puzzlestück im Verlauf eines Distanzierungsprozess sein.



Literatur:

- Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.) (2017): Digital Streetwork. Pädagogische Interventionen im Web 2.0.
- Becker, Reiner/Schmitt, Sophie (Hg.) (2019): Beratung im Kontext Rechtsextremismus. Felder – Methoden – Perspektiven. Frankfurt.
- Bitzan, Renate (2016): Geschlechterkonstruktionen und Geschlechterverhältnisse in der extremen Rechten. In: Virchow/Langebach/Häusler (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer VS, S. 325-373.
- Bruns, Julian/Glösel, Kathrin/Strobl, Natascha (2018): Die Identitäten. Rechtsextreme Ideologie der Neuen Rechten und modernisierter Rassismus einer Jugendbewegung. In: Salomon/Springer/Wischmann (Hrsg.): Pädagogik in Zeiten von Krieg und Terror. Jahrbuch für Pädagogik 2017. Berlin: Peter Lang, S. 81-102.
- Köttig, Michaela/Elverich, Gabi/Radvan, Heike/Sigl, Johanna (2011): Evaluation gendersensibler Rechtsextremismusprävention. In: Birsl (Hrsg.): Rechtsextremismus und Gender. Opladen & Farmington Hills, S. 315-333.
- Sauerbrey, Ulf/Vollmar, Horst Christian: Digitale Beratung in der Sozialen Arbeit – ein Einblick in die gegenwärtige Lage. In: Zeitschrift für Sozialpädagogik, 17. Jg. 2019, H. 2, Weinheim, S. 150-166.
- Sierts, Lena/Kaufmann, Fabian (2019): Die „Neue Rechte“ als pädagogische Herausforderung. Ein Zwischenstand. In: FORUM für Kinder- und Jugendarbeit 2/2019, 35-39.
- Sigl, Johanna (2019): Evaluationsbericht ‚Dekonstrukt‘. Link: <http://dekonstrukt.org/materialien> [13.6.2020]
- Sigl, Johanna (i.E.): Wandel der extremen Rechten – Wandel der Sozialen Arbeit? In: Archiv der Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit, Nr. 2/2020, Berlin.
- Speit, Andreas (Hg.) (2018): Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktion der Neuen Rechten. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Stützel, Kevin (2019): Jugendarbeit im Kontext von Jugendlichen mit rechten Orientierungen. Rekonstruktiv-praxeologische Perspektiven auf professionelles Handeln. Wiesbaden.

DEKONSTRUKT

Dr. Johanna Sigl

war bis April 2020 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Lüneburg am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik tätig. Sie ist freiberuflich als Fortbildnerin und beratend in der Rechtsextremismusprävention aktiv. Kontakt: j.sigl@gmx.de

Das Hamburger Landesprogramm gegen Rechtsextremismus

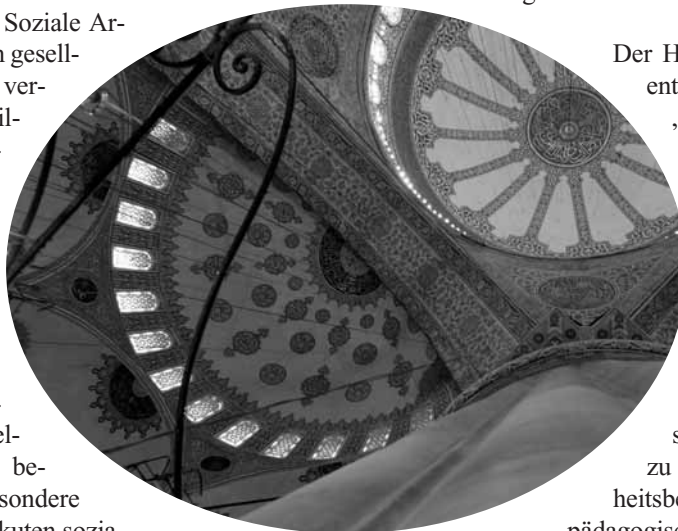
Ansätze für Profession und Praxis der Sozialen Arbeit

von Morten M. Gloy (BASFI)

Das vom Hamburger Senat beschlossene *Landesprogramm „Hamburg Stadt mit Courage“ – Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus 2019* (kurz: Landesprogramm 2019) stellt einen wichtigen Bezugspunkt für die Weiterentwicklung von professioneller Haltung und pädagogischen Konzepten im Kampf gegen Rechtsextremismus und rechtsextremen Einstellungen dar. Die im Landesprogramm aufgeführten unterschiedlichsten Fachstellen, Projekte, Maßnahmen sowie Bildungsangebote, bieten vielfältige Unterstützungsmöglichkeiten für Fachkräfte der Sozialen Arbeit in der Hansestadt. Die Soziale Arbeit agiert regelmäßig in einem gesellschaftlichen Spannungsfeld verschiedener Aufträge und teilweise gegenläufiger Ansprüche an die eigene Profession (Trippelmandat). Die immensen sozialen und politischen Erwartungen an die unverzügliche Wirksamkeit der Sozialen Arbeit müssen dabei stets mitgedacht werden. Sie entfalten ihren Einfluss auf die sich regelmäßig neu ausrichtende und behauptende Profession. Insbesondere in Krisensituationen und bei akuten sozialen Konflikten gerät die Soziale Arbeit auf den Prüfstand und sieht sich dem Vorwurf angeblichen Versagens ausgesetzt.

Die Präventionsarbeit von Rechtsextremismus und rechtsextremen Einstellungen gehört zu diesem Arbeitsspektrum unterschiedlichster Problemlagen, allerdings teilen sich verschiedene Professionen diese Aufgaben. Dies liegt auch an der zeitlichen Etablierung des Feldes Rechtsextremismusprävention: In den 1990er Jahren wurden die ersten Fach- und Beratungsstellen im Bereich der Prävention und Intervention gegen Rechtsextremismus sowie der Betroffenenunterstützung eingerichtet. Mithilfe der Förderung durch Bundesprogramme wie „Demokratie Leben!“ wurden diese Fachstellen

seit Anfang der 2000er Jahre sukzessive flächendeckend etabliert. Mit diesem – bis heute andauernden – Aufbau des Arbeitsfeldes geht auch die stetige (Weiter-)Entwicklung von Theorie und Praxis in der Rechtsextremismusprävention und Betroffenenunterstützung einher. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit wurde demgegenüber schon sehr viel früher mit dem Thema Rechtsextremismus konfrontiert, prominent diskutiert wurden hier die Erfahrungen und Grenzen der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechtsextremen und rechtsaffinen Jugendlichen.



Der Hamburger Senat hat sich 2013 entschlossen mit dem Konzept „Hamburg – Stadt mit Courage: Landesprogramm zur Förderung demokratischer Kultur, Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus 2013“ (kurz Landesprogramm 2013) dem Rechtsextremismus eine übergreifende Strategie entgegenzustellen, um die verschiedenen Ansätze noch besser zu verzahnen. Von den Sicherheitsbehörden, über die verschiedenen pädagogischen Handlungsfelder bis hin zur Zivilgesellschaft sollen die Maßnahmen sich ergänzen und gemeinsam eine nachhaltige Wirkung entfalten. Dementsprechend ergeben sich für die Soziale Arbeit in Hamburg neue Handlungsspielräume, ihre Kompetenzen in die Prävention einzubringen. Im Folgenden soll daher skizziert werden, wie Soziale Arbeit an das *Landesprogramm „Hamburg Stadt mit Courage“ – Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus 2019* anschließen und dieses für die eigene Profession, Praxis und Einrichtung nutzen kann.

Hamburger Programme gegen Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

2013 wurde das erste Landesprogramm zur Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus entwickelt und beschlossen. Schwerpunktmäßig ist die Erkenntnis enthalten, dass Rechtsextremismus auf einem geschlossenen Weltbild beruht und mit dem Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit einhergeht. Damit ist die Feststellung ver-

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit wurde demgegenüber schon sehr viel früher mit dem Thema Rechtsextremismus konfrontiert.

bunden, dass Menschenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft verankert ist. Im Rahmen dieses ersten Landesprogramms wurden die bestehenden Fachstellen zwischen 2013 und 2019 deutlich ausgebaut und personell aufgestockt. Es entstanden zusätzlich die Beratungsstellen „Empower – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“, „amira – Beratung bei Diskriminierung wegen (zugeschriebener) Herkunft und Religion“ und „Kurswechsel – Ausstiegsarbeit Rechts“. Bereits etablierte Fachstellen wie das „Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus“ und das „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus“ wurden teilweise aufgestockt und arbeiten nun in einem Verbund von Facheinrichtungen.

2019 verabschiedete der Hamburger Senat eine Weiterentwicklung des Landesprogramms. Auf über 60 Seiten wird aufgezeigt, welche Aktivitäten zur Prävention und Intervention seit 2013 u.a. in den Bereichen Kultur, Schule, außerschulische Bildung, Soziale Arbeit, Sicherheit und Zivilgesellschaft angestoßen und durchgeführt wurden. Auf der Grundlage einer systematischen Zu- und Einordnung der vielfältigen Entwicklungen im Phänomenbereich Rechtspopulismus, Rechtsextremismus/rechtsextreme Einstellungen und Rechtsterrorismus sind im Landesprogramm die Ziele und Schwerpunkte weiterentwickelt worden. Die neuen elf Schwerpunkte orientieren sich an verschiedenen Problemdimensionen und Zielgruppen. Dazu werden sowohl sozialräumliche/lebensweltliche Ansätze wie auch gruppenspezifische Schwerpunkte formuliert. Hamburg setzt dabei auf:

1. Die pädagogische Präventionsarbeit und Demokratieerziehung in der Schule.
2. Die Stärkung bezirklicher Ansätze.
3. Die Stärkung der Antidiskriminierungsarbeit.
4. Die Verstetigung und Weiterentwicklung der Beratungs- und Präventionsarbeit.
5. Den Ausbau der interdisziplinären und interbehördlichen Kooperation in der Fallarbeit.
6. Die Prävention und Strafverfolgung in sozialen Medien und im Internet.
7. Die Netzwerkarbeit.
8. Die Weiterentwicklung, Verstetigung und Ausbau der Antisemitismusprävention.
9. Die Verstetigung der Prävention und Bekämpfung von Muslimfeindlichkeit.
10. Die Prävention neuer Nationalismen und
11. Die Aufklärung über bestehende Gefahren.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass das „Landesprogramm 2019“ einen aktualisierten, konzeptionellen Rah-

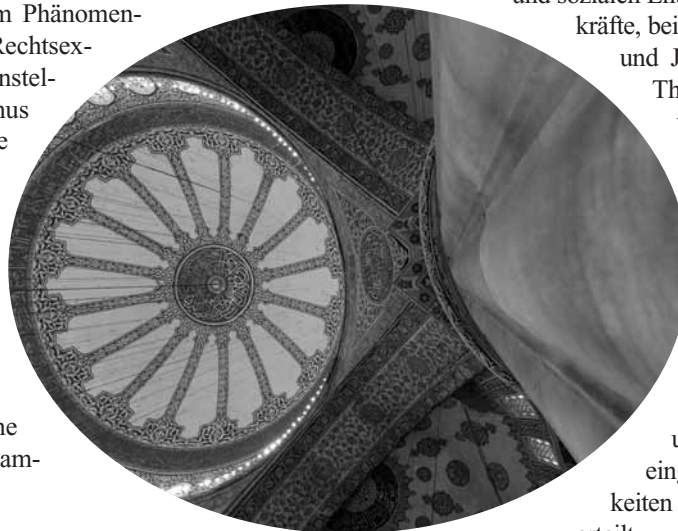
2013 wurde das erste Landesprogramm zur Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus entwickelt und beschlossen.

men für die Rechtsextremismusprävention in Hamburg darstellt. Dabei wird sich nicht nur auf die Bekämpfung von organisiertem Rechtsextremismus beschränkt, sondern es wird bereits bei rechtsextremen und menschenverachtenden Einstellungen in der Mehrheitsgesellschaft angesetzt.

Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus und die Praxis der Sozialen Arbeit

Die Herausforderung durch rechtsextreme Einstellungen stellt sich bei der Arbeit mit jungen Menschen in unterschiedlichen Leistungssegmenten des SGB VIII. Dabei folgt die Arbeit insgesamt dem Auftrag, junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu unterstützen. Fachkräfte, beispielsweise der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, können bei dieser Thematik in eine divergierende Interessenlage geraten. Diese besonderen Herausforderungen stehen im Kontext der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, gemeinsam für Toleranz und demokratisches Miteinander einzustehen. Alle Bereiche des privaten und öffentlichen Lebens sind in ihrer jeweiligen Rolle und Profession in diesen Prozess eingebunden. Die Verantwortlichkeiten werden auf viele Schultern verteilt.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie Fachkräfte gut über die jeweils aktuellen fachspezifischen Diskurse informiert werden und welche Erkenntnisse aus dem Bereich der Radikalisierungsprävention und der Arbeit zu Rechtsextremismus in die Regelangebote der Sozialen Arbeit Eingang finden können und sollen. Gerade die Soziale Arbeit mit ihren unterschiedlichen Mandaten diskutiert intensiv die Frage, welche professionelle Haltung Fachkräfte einnehmen können und wie sich dies in ihr Professionsverständnis einfügt. Beispielhaft sind die Diskurse um Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession und die internationale Definition von Sozialer Arbeit. In dieser Definition ist festgehalten, dass Soziale Arbeit sich zu Vielfalt, Zusammenhalt und sozialer Gerechtigkeit bekennt. Hier ergeben sich Ausgangspunkte, um die Prävention und Intervention gegen Rechtsextremismus und rechtsextremen Einstellungen als Teil von Profession und Haltung anzuerkennen.

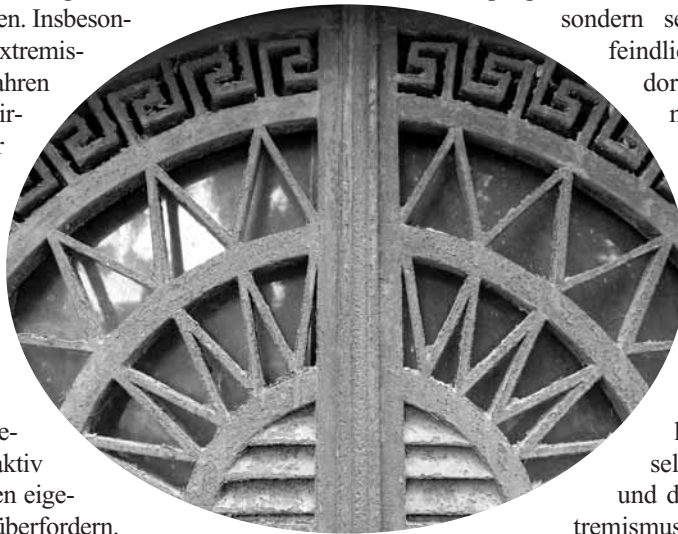


verteilt.

Das Thema Prävention von Rechtsextremismus und rechtsextremen Einstellungen sollte Querschnittsaufgabe in der Sozialen Arbeit sein.

Damit Fachkräfte ein Bewusstsein für die eigene Rolle und Haltung im Kontext der Prävention (weiter-)entwickeln können, empfiehlt es sich, regelmäßig mit anderen Playern innerhalb und außerhalb ihres Arbeitsfelds in den Austausch zu gehen. Fachkräfte benötigen Handlungssicherheit und ein klares Verständnis von ihrem Arbeitsauftrag, um situativ angemessen reagieren zu können. Insbesondere bei der Thematik Rechtsextremismus hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass es äußerst wirkungsvoll ist, Fachkräfte der Sozialen Arbeit aus einem gemeinsamen sozialräumlichen Wirkungskreis fort- bzw. weiterzubilden. Ebenso müssen sich Fachkräfte gut im jeweiligen Hilfesystem auskennen. Sie sollten das in Hamburg bestehende Netzwerk mit seinen zahlreichen spezialisierten Akteur*innen proaktiv nutzen, wenn Problemlagen den eigenen Zuständigkeitsbereich überfordern. Überhaupt muss es gut gelebte Praxis sein, die gegenseitige Akzeptanz der Kompetenzen und Grenzen des jeweiligen Tätigkeitsbereichs anzuerkennen.

Ob als Teil des professionellen Selbstverständnisses oder der fachlichen Haltung, das Thema Prävention von Rechtsextremismus und rechtsextremen Einstellungen sollte Querschnittsaufgabe in der Sozialen Arbeit sein. Neben der Sensibilisierung und Fortbildung von Fachkräften ist der gemeinsame Umgang in der jeweiligen Einrichtung eine wichtige Säule der Prävention. Insbesondere bei der (Weiter-)Entwicklung von Fachkonzepten der Einrichtungen kann dieses Thema sinnvoll einfließen. Ein dahingehend aufgestelltes Fachkonzept dient den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern als Leitfaden, der in der täglichen Praxis umgesetzt wird. Zugleich ist er auch eine Vereinbarung, auf die sich bezogen werden kann, um das Thema kontinuierlich in der Einrichtung weiterzubearbeiten. Ob in Konfliktsituationen mit Klientinnen und Klienten sowie deren Angehörigen oder bei Vorkommnissen im Kollegium ist das Einrichtungskonzept ein Hilfsmittel für das Setzen von pädagogischen Grenzen und demokratischen Standards. Das Konzept des Landesprogramms verbindet Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden, wissenschaftliche Erkenntnisse und Fachexpertise mit den Erfahrungen der Hamburger Fachstellen. Zudem ist es ein politisches Bekenntnis des Senates gegen Rechtsextremismus und für eine vielfältige Stadtgesellschaft. Dementsprechend fordert und fördert der Senat die Hamburger Zivil-



gesellschaft, Politik, Fachkräfte und Verwaltung eine Haltung gegen Menschenfeindlichkeit zu entwickeln.

Das „Landesprogramm 2019“ bereitet Wissen und Expertise für die individuelle Auseinandersetzung mit dem Thema auf und bietet Anknüpfungspunkte zur zielgerichteten, praktischen und inhaltlichen Weiterbildung von Fachkräften, Klient*innen und Einrichtungen. Zudem dokumentiert es die Beratungs- und Bildungsangebote der Freien Träger, der Volkshochschulen und des Sozialpädagogischen Fortbildungszentrums, die Teams und Fachkräften Hilfestellungen für selbstständige Fortbildungen und den Anstoß zu Entwicklungsprozessen in ihrem Arbeitsumfeld geben. Das Landesprogramm liefert also nicht nur fachlichen Input, sondern sensibilisiert dazu, Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung auch dort wahrzunehmen, wo diese Phänomene bisher nur von direkt Betroffenen wahrgenommen wurden. Erfolgreiche Bekämpfung von Rechtsextremismus braucht gemeinsames Aktivwerden aller Akteur*innen in der Stadt. Es bedarf also auch weiterhin des Engagements, der Zeit und der Motivation der Fachkräfte für die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Bekämpfung von Rechtsextremismus.

Literatur:

- Bürgerschafts-Drs. 20/9849: Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 5.11.2013. Hamburg – Stadt mit Courage. Landesprogramm zur Förderung demokratischer Kultur, Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus und Stellungnahme zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 23. November 2011 (Drucksache 20/2169) „Hamburg 2020: dem Rechtsextremismus wird wirksam entgegengetreten“
- Bürgerschafts-Drs. 21/18643: Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 15.10.2019
- Landesprogramm „Hamburg Stadt mit Courage“ – Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus 2019

Fotos: C. Ganzer

Für die kritische Lektüre und wichtigen Beiträge bedanke ich mich sehr beim Referat „Kinder- und Jugendpolitik“ der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) sowie bei Charlotte Wiemann aus dem Referat „Stärkung der Zivilgesellschaft“ der BASFI.

Morten M. Gloy

arbeitet im Referat „Stärkung der Zivilgesellschaft“ der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.

Die Würde des Kindes ist (un)antastbar?

Zur Heimkampagne 3.0

vom Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Hamburg

Vor 40 Jahren fand unter dem Motto „HEIMKARRIERE – Die Würde des Kindes ist unantastbar?“ eine ungewöhnliche Veranstaltung in der Markthalle am Hamburger Hauptbahnhof statt. Im öffentlichen Meinungsaustausch zwischen „Heimzöglingen“ und Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung und Sozialer Arbeit wurde die damalige Heimerziehung in Frage gestellt. Gefordert wurde Stigmatisierungen, Weiterverweisungen, Kriminalisierung und Psychiatrisierung zu überwinden und alle geschlossenen Fürsorge-Heime aufzulösen. Gegner*innen der Öffnung warnten vor einem Anstieg von Jugendkriminalität, doch die Forderungen setzten sich durch und die Geschlossene Unterbringung (nachfolgend GU) wurde abgeschafft (vgl. Köttgen 2020: 86). Es kam zu einem rasanten Entwicklungsschub in der Jugendhilfe, der sich auf die anderen repressiv geprägten Bereiche liberalisierend auswirkte: „Weder Therapie noch Strafe lauteten die damaligen neuen Paradigmen“ (ebd.). Dies führte zu einem sozialräumlich geprägten Ansatz der Hilfen, die vor allem durch Unterstützung bzw. Mitwirkung des sozialen Umfeldes vor Ort gekennzeichnet waren. Diese repressionsfreie oder zumindest -arme Hamburger Jugendhilfepolitik war im Folgenden ständigen Attacken ausgesetzt, u.a. indem schwierige Einzelfälle in den Medien skandalisiert wurden.

Allen negativen Vorverurteilungen zum Trotz zeigten sich in einer Untersuchung durch Reinhold Schone über den Zeitraum 1979 bis 1989 die positiven Auswirkung: Zehn Jahre nach der Auflösung der GU wurden lediglich 7% der Jugendlichen nach auswärts verlegt, die Zahl der zu Haftstrafen verurteilten Jugendlichen hatte sich innerhalb von zehn Jahren um 2/3 verringert, mehr als 900 Heimplätze (rund 1/3) konnten abgebaut werden und Hamburg verfügte über die niedrigste Zahl an jugendpsychiatrischen Betten bundesweit (vgl. Schone 1991)

Für die Abschaffung der GU in Hamburg wurde mit großem fachlichen Engagement 20 Jahre gekämpft, doch trotz der, auch empirisch nachgewiesenen, positiven Wirkungen muss rückblickend festgestellt werden, dass seit 1989 die Leitsätze einer konsequent offenen Jugendhilfe erst schleichend, dann auch fachlich und politisch, zurückgenommen wurden. Die positiven Untersuchungsergebnisse von Schone verschwanden in den Schubladen des Vergessens.

Legitimation von Zwang, die mit sozialer Ausschließung einhergeht und die Verletzung von Kinderrechten toleriert, nimmt zu.

Die Umgestaltung des auf Kompensation ausgerichteten Sozialstaats hin zum aktivierenden Staat stärkte neoliberale Sichtweisen auch in der Sozialen Arbeit: Unter dem Leitmotiv des „Forderns und Förderns“ wird auch die Soziale Arbeit dafür dienlich gemacht, mit Zwang und unter Druck Verhalten passend zu machen. Konzepte, die darauf abzielen, das vermeintliche Fehlverhalten der Individuen umzudressieren, statt die Verhältnisse, die Lebensbedingungen zu verbessern, haben wieder Konjunktur. So werden gegenwärtig behavioristische, verhaltensmodifizierende Maßnahmen, z.B. in Form von soge-



Foto: jplenio_pixabay

nannten Stufen- oder Phasenmodellen, verbreitet angewandt. Diese sind nicht nur in der Geschlossenen Unterbringung oder im Kontext der Heimerziehung zu finden, sondern durchziehen das gesamte Spektrum der Kinder- und Jugendhilfe in verschiedener Ausprägung und Form: sei es der „stille Stuhl“ (in Kitas), der „heiße Stuhl“ (in sogenannten Anti-Aggressivitäts-Trainings) oder das Arbeiten mit Straf- bzw. Belohnungspunkten (in allen Feldern der Jugendhilfe). Obwohl sie mittlerweile durchaus als gängige Methoden bezeichnet werden können, finden sie im wissenschaftlichen und fachpolitischen Diskurs bisher nur wenig kritische Beachtung (vgl. Fachschaftsrat Erziehungswissenschaft 2020).

Im Zuge der „Heimkampagne 3.0.“, die 2018 in Folge des „Tribunals über die Verletzung von Kinderrechten in der Heimerziehung“ (1) ausgerufen wurde, ist es zwar gelungen, für solche Techniken eine stärkere Aufmerksamkeit zu erlangen, wie z.B. im jüngsten „Schattenbericht“ zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland. Hier wurde

erstmalig darauf hingewiesen, dass „die Zahl der Kinder und Jugendlichen gestiegen ist, die in Heimen mit Freiheitsbeschränkung oder Freiheitsentzug untergebracht werden, was auf gravierende Überforderung und fachliche Mängel der Jugendhilfe hinweist“ (National Coalition Deutschland 2019: 40). Andererseits erleben wir trotz dieser Erkenntnis eine zunehmende Legitimation von Zwang, die mit sozialer Ausschließung einhergeht und die Verletzung von Kinderrechten toleriert (vgl. ausführlicher u.a. Lutz 2019, Kunstreich 2019).

Anders lässt sich der weitere Ausbau von GU als vermeintliche Hilfen zur Erziehung, wie aktuell in Thüringen, oder auch der Umgang mit den im Bericht der Enquetekommission zur Hamburger Kinder- und Jugendhilfe „Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken“ aufgeführten beunruhigenden Entwicklungen, insbesondere im Bereich der Hilfen zur Erziehung, nicht erklären.

Nicht nur eine alternative Heimerziehung ist das Ziel, sondern eine Alternative zur Heimerziehung.

Diese Verhältnisse offensiv zu verändern, darum geht es uns. Das, was politisch gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit der Fachkräfte durchgesetzt wurde, kann auch politisch wieder geändert werden – das lehrt uns die Hamburger Geschichte. Das 40-jährige Jubiläum der „Markthallen-Veranstaltung“ wollen wir daher zum Anlass nehmen, den Kampf für eine solidarische Kultur des Aufwachsens und eine Abschaffung totalitärer Systeme wieder verstärkt in den Fokus zu nehmen. Dafür planen wir am 11. September 2020

Anmerkung:

Das Tribunal fand 2018 in Hamburg statt. Organisiert als eine Art Anhörung kamen vor einer „Jury“ aus Expert*innen insbesondere Menschen zu Wort, die von Heimerziehung direkt oder indirekt betroffen sind oder waren. Ziel war es, vor dem Hintergrund einer erneut zunehmend autoritativen Jugendhilfe zu erörtern, inwiefern Teile der Kinder- und Jugendhilfe gegen die UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) und die UN-Menschenrechtskonvention verstoßen, öffentliche Kritik daran zu üben und so zu ihrer Überwindung beizutragen. Buch zum Tribunal: https://www.beltz.de/fachmedien/sozialpaedagogik_soziale_arbeit/buecher/produkt_produktdetails/42921-dressur_zur_muendigkeit.html

Literatur:

- Kunstreich, Timm (2019): Für eine Heimkampagne 3.0. In: FORUM für Kinder- und Jugendarbeit 1/2019, S. 57-62.
- Köttgen, Charlotte (2020): „Das Einsperren junger Menschen ist eine politische Entscheidung“. In: Degener, Lea et al.: Dressur zur Mündigkeit?, Beltz Juventa, S. 83-92.
- Lutz, Tilman/Jahn, Erik (2019): Der neue Autoritarismus in Erziehung, Bildung und Sozialer Arbeit und die Chancen fachlicher Alternativen. In: FORUM für Kinder- und Jugendarbeit 3/2019, S. 35-38.



Foto: C. Ganzer

eine jugendpolitische Veranstaltung, bei der wir uns differenzierter mit dargestellten Widersprüchen und Dilemmata auseinandersetzen wollen.

Es ist an der Zeit, die erneute Abschaffung der Geschlossenen Unterbringung bundesweit und darüber hinaus voranzubringen sowie eine kritische Reflexion der Rolle von Kinder- und Jugendhilfe in Vergangenheit und Gegenwart zu führen. Dabei wollen wir mit einem Rückblick auf 40 Jahre Heimreform den Ausblick auf die Abschaffung traditioneller Heimerziehung stärken. Nicht nur eine alternative Heimerziehung ist das Ziel, sondern eine Alternative zur Heimerziehung.

Nähere Informationen folgen.

- Lutz, Tilman (2020): „Freiheitsentziehung, Zwang und Repression in den Hilfen zur Erziehung. In: Degener, Lea et al.: Dressur zur Mündigkeit?, Beltz Juventa, S. 182-192.
- Fachschaftratsrat Erziehungswissenschaft (2020): Zur Heimkampagne 3.0 II. In: PI-RAT/ Politische Informationen des Fachschaftrats Erziehungswissenschaft, Nr. 16, 04/2020, Link: https://fsr-erzwiss.blogs.uni-hamburg.de/wp-content/uploads/2020/04/PI-RAT_2020_April_fin_No.16.pdf [8.5.2020]
- National Coalition Deutschland (2019): Die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland – 5./6. Ergänzender Bericht an die Vereinten Nationen, Link: https://www.umsetzung-der-kinderrechtskonvention.de/wp-content/uploads/2019/10/NC_ErgaenzenderBericht_DEU_Web.pdf [8.5.2020]
- Schone, Reinhold (1991): Grenzfälle zwischen Heimen und Psychiatrie. I. A. Amt für Jugend Bd 10, Link: <https://archive.org/details/schone-1991-grenzfalle-zwischen-heimen-und-psychiatrie/> [8.5.2020]

Der Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit (AKS) Hamburg trifft sich 14-tägig in der Motte in Altona. Interessierte Mitstreiter*innen sind willkommen. Nähere Infos unter: www.akshamburg.wordpress.com, Mail: aks-hamburg@gmx.de

Eine Kinderstadt für Hamburg

von Joscha Thiele

Seit einem guten Jahr beschäftigt sich der Arbeitskreis Kinder, Jugend und Bildung der Patriotischen Gesellschaft von 1765 intensiv mit dem Gedanken, eine Hamburger Kinderstadt zu schaffen. Öffentlich vorgestellt wurde die Idee erstmals bei einer Veranstaltung im September 2019, als Reinhard Kahl Ausschnitte aus einem Film zeigte, den er 2016 in der Spielstadt Mini-München gedreht hat. Die Münchner Kinderstadt feiert in diesem Sommer ihr 40-jähriges Jubiläum und hat als größte und älteste noch bestehende Kinderstadt viele ähnliche Projekte in Deutschland und rund um die Welt inspiriert. Die Filmausschnitte zeigten sehr eindrücklich, mit welcher Begeiste-

Die erste Kinderstadt Hamburgs würde in zwei Wochen der Sommerferien von Kindern erbaut und bespielt.

rung Kinder in diesem spielpädagogischen Setting tätig werden und was für eine einzigartige Anziehungskraft von dem Projekt ausgeht. Wir sind überzeugt, dass auch die Kinder Hamburgs eine solche „eigene“ Stadt verdient haben. Albert Kapfhammer, Organisator der Münchner Kinderstadt und im September unser Gast, wies darauf hin, dass Mini-München als Projekt der Offenen Kinder- und Jugendarbeit illustriert, welchen Beitrag diese zur Allgemeinbildung zu leisten vermag. Schließlich hat die Offene Jugendarbeit hat einen eigenständigen Bildungsauftrag, der sich nicht auf die Einbindung in den schulischen Ganzttag reduzieren lässt. Außerdem berichtete Herr Kapfhammer, dass die Münchner Spielstadt, die alle zwei Jahre in den Sommerferien stattfindet, auf zahlreichen Partnerschaften mit Akteur*innen der Offener Kinder- und Jugendarbeit und städtischen Institutionen beruht. Dies begreifen wir als Ratschlag für unsere eigene Initiative und freuen uns daher, unser Vorhaben an dieser Stelle vorstellen zu

dürfen. Nach der positiven Resonanz auf die ersten Veranstaltungen verfolgen wir in der Patriotischen Gesellschaft nun das Ziel, eine erste Kinderstadt im Sommer 2021 zu ermöglichen. Sie würde in zwei Wochen der Sommerferien von den Kindern erbaut und bespielt.

Zur Idee der Kinderstadt

In einer Kinderspielstadt finden Kinder und Jugendliche eine Stadtkulisse vor, die ihnen als Aktionsfläche zur Verfügung gestellt wird. Am Eingang erhalten sie einen Pass und werden damit zu Bürger*innen ihrer ganz eigenen Stadt, die sie durch ihr Spiel zum Leben erwecken. Die Spielinhalte ergeben sich aus der komplexen urbanen Lebenswelt, die sich in zahlreichen Einrichtungen widerspiegelt: Hier gibt es Werkstätten, Geschäfte, Nahverkehr, Bank, Post, Rathaus, Bürgerschaft, Arbeitsamt, Schule, Hochschule und Müllabfuhr. Die Kinder arbeiten und verdienen eigenes Geld, sie diskutieren, wählen, bauen, gründen Geschäfte, produzieren Medienbeiträge und vieles mehr. Unterstützt werden sie dabei von erwachsenen Mitspieler*innen und Betreuer*innen aus diversen Fachgebieten, mit unterschiedlichen Expertisen. Aus den Handlungen der Kinder entwickelt sich ein echtes Stadtgefüge mit Politik und Kultur, Produktion, Geld- und Waren-

zirkulation und öffentlichem Leben, dessen Komplexität sich im Laufe der Spielzeit zunehmend verdichtet. Die Kinder schlüpfen in verschiedenste Rollen, die sie entwickeln und individuell interpretieren. Sie greifen dabei auf ihr bereits vorhandenes Erfahrungswissen über die Stadt als Lebens- und Sozialraum zurück. Einfache Spielregeln dienen dazu, dieses Spiel in all seiner Dynamik aufrecht zu halten; sie können von den Kindern durch gemeinsame Beschlüsse jederzeit verändert werden.

Die Kinderstadt ist kein bloßes Ferienspiel, sondern ein ernstzunehmendes zeitgemäßes Bildungsangebot. Die Grundzüge der Stadt – ihre Arbeitsbereiche, die gemeinsame Währung, Versammlungen und Wahlen – etablieren einen Handlungsspielraum, in dem Kinder selbstorganisiert lernen und tätig werden. Sie können sich in unterschiedlichsten Metiers versuchen und im Stadtgefüge wirksam werden. Die Eindrücke und Erfahrungen aus anderen Kinderstädten zeigen, wie produktiv ein solcher städtischer Sinnzusammenhang als Lernumfeld für Kinder ist, und mit welcher Ernsthaftigkeit und Begeisterung sie ihren Tätigkeiten in der Kinderstadt nachgehen und sie gemeinsam verwalten und gestalten. Zwei Gründer der Spielstadt Mini-München, Gerd Grüneisl und Wolfgang Zacharias, begründen das Potenzial des Spielthemas Stadt im 1989 er-





Foto: A. Kapfhammer

schienenen Handbuch „Die Kinderstadt“ so: „Darin aufgehoben sind politische, soziale, kulturelle, ästhetische, ökologische, ökonomische Elemente und Zusammenhänge – im Fokus Stadt unisoliert voneinander, trotzdem in ihrem Erscheinungsformen und Differenzen genau wahrnehmbar und identifizierbar: Dies scheint uns für pädagogische Absichten, die Wissen und Handeln nicht voneinander trennen wollen und das Freiheitspostulat im Phänomen Spiel ernstzunehmen versuchen, der entscheidende Gewinn, die bedeutungsvollste Legitimation des Themas ‚Stadt‘.“ (Grüneisl/Zacharias 1989, S. 40 f.)

Das Münchner Kinderstadt-Konzept entstand im Zusammenhang einer kritisch-emanzipatorischen Spiel- und Kulturpädagogik, deren erklärtes Ziel ein neues „pädagogisches Paradigma“ war, das Lernen mit „Erfahrung, Lebenswelterkenntnis und Wirklichkeitsaneignung“ verbindet (Grüneisl/Zacharias 1989, S. 32). Selbstbildung, das „Lernen in eigener Regie“, und Selbstregulierung der Kinder sind dabei die wesentlichen Stichworte. Besonderes Augenmerk liegt angesichts der zunehmenden Scholarisierung der Kindheit, ihrer Prägung durch einen örtlich spezialisierten und kontrollierten Erziehungsprozess, auf dem „Angebot zur Welterfahrung“. Die Kinderstadt soll so eine „Kinderöffentlichkeit“ ermöglichen: eine „ganzheitlich-sinnliche sich selbst regulierende Erfahrungsproduktion in eigener Verantwortung, aus eige-

nen Antrieben im Umgang mit der Welt“ (Grüneisl/Zacharias 1989, S. 43). Sie ist ein Aktionsraum, ein Freiraum.

Einige Jahrzehnte später hat diese Perspektive an Aktualität nichts eingebüßt, im Gegenteil: Das Spielen in der Stadt hat in der Zwischenzeit weiter an Bedeutung verloren, Kinder sind im Stadtbild kaum noch präsent. Die Stadt rückt als Lebens- und Sozialraum der Kinder in den Hintergrund. Ihr Alltag ist geprägt durch zunehmende Institutionalisierung und fortwährende, ganztägliche Betreuungssituationen. Die Kinderstadt möchte dem gegenüber einen städtischen Lernraum für Kinder eröffnen und erfahrbar machen, in dem individuelle und gemeinsame Lernprozesse mit offenem Ausgang ermöglicht werden – wohlwissend, dass es sich auch dabei um einen den Kindern eigenen Ort, eine „Insel“ handelt. Doch sollen Kinderstadt und große Stadt durch viele Brücken verbunden werden: durch die Einbindung vieler städtischer Akteur*innen und Institutionen, von der Handwerkerin zur Bücherhalle, mit der Einbindung von städtischen Betrieben und Besuchen von Amtsträger*innen.

Im besten Fall kann es durch diese Verflechtung auch gelingen, innerhalb der großen Stadt die Rechte und Bedürfnisse ihrer jüngsten Bürger*innen neu zu thematisieren und zu positionieren. Denn die Kinderstadt ist auch eine Form demokratischer Bildung und Teilhabe. Darauf weist Ulrich Deinet hin, der Kin-



Foto: A. Kapfhammer

Kinderstädte entwickeln ihren besonderen Wert für die Kinder, aber auch die große Stadt, gerade dann, ...

derstädte als „temporäre Partizipationsorte in der Bildungslandschaft“ diskutiert, in denen „Demokratie konkret erlebbar“ werden kann. Voraussetzung dafür sei, dass es „tatsächlich reale Mitbestimmung und Durchsetzungsmöglichkeiten für die Kinder gibt“ (Deinet 2016). Diesem Anspruch möchten wir nach Möglichkeit schon im Vorfeld der Kinderstadt gerecht werden, indem wir Kinder von Beginn an in Planungswerkstätten in die Ausgestaltung ihrer Stadt einbeziehen, dezentral an mehreren Standorten im Hamburger Stadtgebiet.

Das Konzept der Kinderstadt ist heute in Deutschland weit verbreitet und in vielen Städten zu finden. In den seltensten Fällen aber folgen diese Kinderstädte noch den Strukturprinzipien der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Oft handelt es sich dabei um kostenpflichtige Ferienfreizeiten mit Anmeldung und festen Betreuungszeiten. Im Gegensatz dazu wollen wir in Hamburg ein offenes Programm schaffen. Wir sind davon überzeugt, dass die Kinderstädte ihren besonderen Wert für die Kinder, aber auch die große Stadt, gerade dann entwickeln, wenn sie als offene Angebote Teil des öffentlichen Raums, und damit möglichst allen Kindern zugänglich sind. Dazu gehört selbstverständlich der Grundsatz, dass die Teilnahme kostenlos ist. Darüber hinaus wird dem Aspekt der Inklusion in unseren Planungen besondere Aufmerksamkeit zukommen. Unser Wunsch ist es, im Sommer 2021 eine erste Kinderspielstadt für 500 bis 800 Kinder am Tag zu ermöglichen.

Wie kann eine Kinderstadt Hamburg gelingen?

Die Patriotische Gesellschaft will die Kinderstadt aus der Stadt heraus anstoßen. In unserem Konzept heißt es dazu: „Die Kinderstadt knüpft an wesentliche Arbeitsschwerpunkte der Patriotischen Gesellschaft an: Das Engagement für

Foto: Spielstadt Wien



den Zugang zu Bildung unabhängig vom Elternhaus, die Reflexion und Gestaltung von Stadtentwicklungsprozessen und die Stärkung unserer städtischen Demokratie [...]“. Wir wissen um die großartigen Angebote für Kinder und Jugendliche, die es in unserer Stadt gibt, um die vielen Initiativen und engagierten Akteur*innen, und möchten einige von ihnen für dieses Projekt gewinnen. Im Februar 2020 haben wir bei einem Runden Tisch bereits zahlreiche Institutionen und interessierte Einzelpersonen aus der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Bildung sowie Vertreter*innen von Stiftungen versammelt, um die Perspektiven einer Hamburger Kinderstadt zu diskutieren. Dabei hat sich gezeigt, dass unser Vorstoß starke Unterstützung erfährt und viele Ideen freisetzt. Das freut uns, denn natürlich wollen wir nicht einfach eine andere Kinderstadt kopieren, sondern ein neues Programm schaffen, eine Hamburger Kinderstadt mit eigenen Akzenten und Besonderheiten. Beim Runden Tisch hat sich dabei der Aspekt der Nachhaltigkeit als besonders bedeutsam herauskristallisiert, sowohl als logistische Maßgabe für die Umsetzung wie auch als inhaltlicher Schwerpunkt und Spielinhalt. Zwar wäre es vermessen, an das Spiel der Kinder den Anspruch zu richten, eine „bessere“ Stadt zu schaffen. Dennoch kann die Kinderstadt ein Zukunftslabor sein, in dem Kinder und Erwachsene Stadt gemeinsam neu erfinden und den Möglichkeitssinn schärfen

für nachhaltige Formen des urbanen und gesellschaftlichen Zusammenlebens. Nachhaltigkeit ist auch eine Frage des kreativen Umgangs mit den vielen Ressourcen in unserer Stadt. Unsere Hoffnung ist es, mit der Kinderstadt neue Verbindungen und kooperative Strukturen zu schaffen und Synergien freizusetzen. Dafür möchten wir eine erste Anstrengung unternehmen und den Stein ins Rollen bringen. Alleine kann die Patriotische Gesellschaft keine Kinderstadt auf die Beine stellen. Unser Vorhaben ist somit auch als Einladung zur Beteiligung verschiedenster Bildungsakteur*innen in unserer Stadt zu verstehen. Mit dem Projekt wollen wir die Sichtbarkeit, den Wert und die Bedeutung von Offener Kinder- und Jugendarbeit und Kinderkultur in unserer Stadt unterstreichen, und sie damit langfristig stärken.

Die Corona-Pandemie hat auch das Leben der Kinder und Jugendlichen auf den Kopf gestellt und die Bedingungen für die Jugend- und Bildungsarbeit schlagartig verändert. Trotz der Unsicherheit, die

nun mit der Planung von größeren Veranstaltungen einhergehen, halten wir an unserem Vorhaben fest und sehen uns darin nochmals bestärkt. Das öffentliche Leben von Kindern ist über Monate komplett beschränkt worden; in den Debatten um Schul-, Kita- und Spielplatzschließungen werden Kinder in erster Linie als Ansteckungsvektoren in den Blick genommen. Informelle Lernorte sind nicht mehr zugänglich. Umso wichtiger, dass es, sobald dies möglich ist, wieder Orte gibt, an denen Kinder ein eigenes öffentliches Leben entfalten und sich die Welt selbstbestimmt und interessengeleitet aneignen und erobern können. In den nächsten Monaten werden wir in der Patriotischen Gesellschaft versuchen, eine

... wenn sie als offene Angebote Teil des öffentlichen Raums, und damit möglichst allen Kindern zugänglich sind.

Grundfinanzierung für die Kinderstadt zu sichern. Auch läuft die Suche nach einem geeigneten Spielgelände; wir haben bereits mehrere attraktive und aussichtsreiche Standorte in den Blick genommen. Im Herbst hoffen wir, mit konkreten Planungen beginnen zu können. Über jegliches Interesse der Kooperation oder Unterstützung sowie Fragen und Anregungen freuen wir uns sehr.

Literatur:

- Deinet, Ulrich (2016): Spielstädte als Aneignungsräume und temporäre Partizipationsorte in der Bildungslandschaft – Eine rekonstruktive Sozialreportage am Beispiel „Mini-München“. In: sozialraum.de (8) Ausgabe 1/2016.
- Grüneisl, Gerd/Zacharias, Wolfgang: Die Kinderstadt. Eine Schule des Lebens. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt. 1989



Joscha Thiele

hat Bildungswissenschaft und Philosophie studiert und 2019 in Wien eine Spielstadt mitgegründet. Für die Patriotische Gesellschaft koordiniert er die Konzeptionsphase der Hamburger Kinderstadt.

Kontakt: kinderstadt@patriotische-gesellschaft.de

FORUM

FÜR KINDER- UND JUGENDARBEIT



Heft 1/2019

Titelthema: „Offen für Genderperspektiven?“



Unter anderem mit folgenden Beiträgen:
Prof. Dr. Jutta Hartmann: Genderperspektiven im Feld der Jugendarbeit. Diskurslinien aus jüngerer Vergangenheit und Gegenwart
Sebastian Tippe: Vereinbarkeit(-spflicht) von Jungenarbeit und Feminismus. Ein Plädoyer und Praxisbericht
Gila Rosenberg und Vanessa Lamm: Ein (Schutz-)Raum für lesbische und bisexuelle Jugendliche, Frauen* und Transgender
Erfahrungen und Statements von neun weiblichen Fachkräften der Sozialen Arbeit: (Unser) Geschlecht spielt eine Rolle
Dr. Wolfgang Hammer: Zeit zum Handeln. Erkenntnisse und Konsequenzen aus dem Abschlussbericht der Enquetekommission
Saskia Kupfer: Mädchen*zentrum goes Sternchen* – Work in Progress

Heft 4/2019

Titelthema: „Offene Arbeit in Bewegung“



Unter anderem mit folgenden Beiträgen:
Prof. Dr. Gunda Voigts: „Hart am Wind“ – Potentiale und Perspektiven der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg
Dr. Liane Pluto: Gelegenheitsstruktur Offene Kinder- und Jugendarbeit. Empirische Befunde einer bundesweiten Befragung
Prof. Dr. Marcus Menzl: Soziale Quartiersentwicklung – aber wie kommt das Soziale ins Quartier?
Karen Polzin: Hamburg – Wachsende Stadt. Wächst die Offene Kinder- und Jugendarbeit mit?
Jana Thun: Das Jugendförder- und Beteiligungsgesetz. Ein Meilenstein für die Berliner Jugendarbeit
Maya Schuster (für den Jugendvorstand): Politischer Stammtisch Boberg.. Jugend und Politik – da geht doch was!“

Heft 2/2019

Titelthema: „Neue Autorität –

Altes Unbehagen“



Unter anderem mit folgenden Beiträgen:
Cornelia Klioba: Die „Neue Autorität“ – Anspruch und Wirkung. Ein neugieriger Blick hinter ein umstrittenes Konzept
Margot Reinig: „Neue Autorität“ – Des Kaisers neue Kleider
Alexis Schmock für den Arbeitskreis Wohnraum für junge Menschen in Hamburg: Parteilichkeit
Sylvia Haller (Zentrale Informationsstelle Autonome Frauenhäuser): Kindeswohl und Partnerschaftsgewalt. Für sicheren Umgang mit dem Umgang
Lena Sierts und Fabian Kaufmann von Dekonstrukt: Die „Neue Rechte“ als pädagogische Herausforderung. Ein Zwischenstand

Heft 1/2020

Titelthema: „Ombudsstellen für Hamburg“



Unter anderem mit folgenden Beiträgen:
Prof. Dr. Nicole Rosenbauer: Ombudschaft braucht Unabhängigkeit. Wegmarker und Begründungslinien aus der Etablierungsgeschichte ombudschaftlicher Initiativen in der Jugendhilfe
Prof. Dr. Johannes Richter: Die Weichen neu stellen. Ombudschaft für die gesamte Jugendhilfe in Hamburg
Raphael Heinetsberger, Tamia Helberg und Ulli Schiller: Ein Gespräch mit den Projektkoordinatorinnen der Berliner Beratungs- und Ombudsstelle Jugendhilfe
Kathi Zeiger: „Wir packen unsere Koffer“: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei sozialräumlichen Veränderungsprozessen
AK Wohnraum für junge Menschen: „Wohnraum für junge Menschen in Hamburg schaffen!“

Heft 3/2019

Titelthema: „Schwierige Kinder oder schwierige Systeme?“



Unter anderem mit folgenden Beiträgen:
Prof. Dr. em. Friedhelm Peters: Die soziale Konstruktion der ‚Schwierigen‘. Ein soziologischer Blick
Vera Koritensky und Anja Post-Martens: „Ene, mene, muh und raus bist du ...“
Prof. Dr. Jutta Hagen: Abweichendes Verhalten – nicht überraschend
Erik Jahn und Prof. Dr. Tilman Lutz: Eindrücke vom Forum für dialogische Qualitätsentwicklung 2019
Björn Redmann: Was sagen junge Menschen zu ihren Erfahrungen mit Freiheitsentziehung in Jugendhilfe und Psychiatrie?
Prof. Dr. Ursula Unterkofler: Gewalt als Risiko. Offene Jugendarbeit zwischen Regulierung und Disziplinierung

Weitere Hefte?

Das FORUM bequem im Abo: Jetzt bestellen!



Das FORUM für Kinder- und Jugendarbeit erscheint vierteljährlich und kostet € 5,50 (bei einer Doppelausgabe: 11,00). Ein Abo kostet € 25 pro Jahr inklusive Versandkosten bei vier Ausgaben pro Jahr, für Schüler, Studierende und Erwerbslose nur € 15.

Bestellung per E-Mail an info@vkjh.de. Bitte angeben, ab welcher Ausgabe Sie beziehen möchten. Sie können Ihre Bestellung innerhalb von 14 Tagen nach Vertragsschluss schriftlich widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.